

Buchbesprechungen

Amstad, Alois: Das Werk von Götz Briefs als Beitrag zu Sozialwissenschaft und Gesellschaftskritik aus der Sicht christlicher Sozialphilosophie (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 354). Duncker & Humblot, Berlin 1985. 282 S. DM 96,-.

Um dem „Werk von Götz Briefs“ voll gerecht zu werden, bedürfte es zweier, schwer mit einander vereinbarer Verfahrensweisen. Die Vielzahl und Vielfalt der Gegenstände, zu denen Briefs Stellung genommen und mit denen er sich auseinandergesetzt hat, verdienten es, jeder einzeln dargestellt und erörtert zu werden. Dagegen lässt der tiefgreifende Wandel, den Briefs' Denken durchgemacht hat und sich auf alle diese Bereiche auswirkt, und lassen dessen Ursprung und dessen Folgen sich nur im Gesamtzusammenhang voll verständlich machen. Die Herausgeber seiner „Ausgewählten Schriften“ (vgl. die ausführliche Würdigung in dieser Zs 100 (1980, 445 - 450) haben die von ihnen getroffene Auswahl von Texten unter völliger Außerachtlassung der zeitlichen Reihenfolge ausschließlich nach Sachbereichen geordnet. Auch Amand bevorzugt die Sonderbehandlung der Einzelthemen, versäumt aber nicht, bei jedem von ihnen den geistigen Werdegang aufzuspüren und aufzudecken. Die Sorgfalt, mit der er diese von ihm als „Forschungsbereiche“ bezeichneten Themen untersucht, lässt Briefs als einen in wissenschaftliche Einzelforschung vertieften Gelehrten und den Wandel seiner Anschauungen als das Ergebnis seiner jeweils angestellten Forschung erscheinen. Wer Briefs gekannt hat und in Jahrzehntelanger vertrauensvoller Verbindung mit ihm gestanden hat, der sieht es anders. Selbstverständlich hat Briefs, namentlich in seinen Anfängen, auch Forschung betrieben. Aber im Grunde genommen war er unvergleichlich mehr schöpferischer Denker als um Vermehrung unseres Sachwissens bemühter Forscher. Briefs *analysiert* die Wirklichkeit nicht, er *reflektiert* über sie. Das Bild, das er sich von ihr erarbeitet, ist keine abbildgetreue Beschreibung, sondern eine schöpferische Deutung, die sehr verschieden ausfallen kann, je nach dem, unter welchem Blickwinkel er seinen Gegenstand betrachtet; auch die unterschiedliche Beleuchtung, in der er ihn zeigt, lässt jeweils andere Züge ins Licht treten und andere im Dunkel verschwinden. So kommt es bei Briefs zu einer Menge von Widersprüchen nicht nur zwischen früheren und späteren, sondern auch zwischen gleichzeitigen Aussagen; eine stattliche Reihe davon zählt Amstad auf. Nicht Forschungsergebnisse, sondern die Umwelt, in der er *lebte*, und die Zeitgeschichte, die er *erlebte* und mit der er sich geistig auseinanderzusetzen hatte, haben Briefs und sein Denken geprägt.

Das Endergebnis seines sozialphilosophischen Denkens, seine Vorstellung von dem, wofür Briefs die Bezeichnung „Pluralismus“ verwendet, stellt Amstad bildhaft dar als die Synthese von „2. Phase des Liberalismus“ und „3. Phase der Demokratie“ (71).

Treffend hat Amstad erkannt, welche Rolle das Goethe-Wort vom „Gesetz, nach dem man angetreten“ bei Briefs spielt (passim, erstmals 62). Sowohl den Kapitalismus als auch die Verbände, nicht zuletzt die Gewerkschaften, sieht und versteht der junge Briefs als „angetreten nach dem Gesetz des Kollektiv-Individualismus“; er beschwört sie, diesem Gesetz *abzusagen*, sich ihrer Mitverantwortung für das Ganze bewußt zu

werden und sie auf sich zu nehmen. Genau die gleiche Formel benutzt Briefs in seinen späten Jahren, um die Gewerkschaften daran zu erinnern, sie seien „nach dem Gesetz des Kapitalismus angetreten“, und sie dringend aufzufordern, bei diesem Gesetz zu verbleiben und nach ihm weiterzumarschieren; sie lägen zwar mit ihm im Streit, aber sie lebten von ihm. – Äußerlich gesehen ein Frontwechsel gegenüber den Gewerkschaften; bei genauerem Zusehen erweist der Grund sich als viel tiefer. Briefs' Verständnis vom Kapitalismus und demzufolge sein Verhältnis zu ihm ist nicht mehr das alte. Hatte er den Liberal-Kapitalismus als zutiefst in den Kollektiv-Individualismus verstrickt erkannt und entlarvt, so kennt er jetzt nur noch einen wohl nicht ganz ohne Nachhilfe der Gewerkschaften gewandelten Kapitalismus, für den er die Bezeichnung „sozial temperierter Kapitalismus“ prägt. Mit ihm hat Briefs sich unverkennbar ausgesöhnt; er verteidigt ihn gegenüber den Gewerkschaften und sieht ihn in der „sozialen Marktwirtschaft“ auf eine praktikable, auch für die katholische Soziallehre akzeptable Weise verwirklicht. Begreiflich, daß Amstad sich darüber wundert und Briefs' Öffnung gegenüber dem Liberalismus und seine Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft „überraschend“ findet (136).

Zutreffend stellt Amstad fest, daß Briefs geflissentlich vermieden hat, sich mit der katholischen Soziallehre und speziell mit dem „Solidarismus“ zu identifizieren, und daß Briefs dem Neoliberalismus nahestand, aber auch mit ihm sich nicht identifiziert hat. Aufs deutlichste aber läßt er erkennen, was bei Briefs trotz allen Wandels in seinem Denken unerschütterlich feststand, seine religiöse Überzeugung, sein Glaube als katholischer Christ, aus dem er nicht nur dachte, sondern lebte. – Das von Briefs in seinem Schrifttum niedergelegte Gedankengut hat Amstad zuverlässig, verständnisvoll und, soweit ich sehe, erschöpfend aufgearbeitet; mit diesem Buch hat er Briefs ein würdiges Denkmal gesetzt.

O. v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt a. M.

Heilmann, Martin: Lorenz von Stein und die Grundprobleme der Steuerlehre. Ein Beitrag zur Geschichte der Finanzwissenschaft (Schriftenreihe des Lorenz von Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften, Kiel). R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Heidelberg 1984. XIV, 577 S. DM 198,—.

Dem vorliegenden Buch im Rahmen einer „Normalrezension“ gerecht zu werden, ist außerordentlich schwer. Auf der einen Seite verdient es hohe Anerkennung wegen der gründlichen, oft kritischen Darstellung wichtiger *Stein'scher* Steuerlehren; auf der anderen Seite erklärt sich sein ungewöhnlich großer Umfang weitgehend durch die Tatsache, daß der mit Abstand größte Teil des Werkes – mehr als 300 Seiten! – auf seinen Teil III entfällt, der die Überschrift trägt: „Steins allgemeine Steuerlehre in theroriegeschichtlicher Perspektive“. In diesem Teil sind nicht nur *Steins* einschlägige Ansichten, sondern auch oder vielmehr überwiegend die anderer Theoretiker analysiert und den *Stein'schen* in bisweilen übertriebener Breite konfrontiert worden. Dabei stehen neben dem Steuerbegriff Fragen wie „Einkommensbegriff und Steuerlehre“ (SS. 328 - 373), der Steuerprogression (SS. 374 - 420) und der Steuerüberwälzung (SS. 421 - 500) im Vordergrund der Untersuchungen.

Daß *Stein* nach auch heute noch weitverbreiteter Ansicht von Finanzwissenschaftlern als einer der drei Großen der Finanzwissenschaft der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts anzusehen ist, dürfte bekannt sein. Von den beiden anderen des „Trios“, *Wagner* und *Schäffle*, unterscheidet er sich wohl von ersterem weit mehr als von letzterem. Daß er in mancher Hinsicht *Adolph Wagner* unterlegen war, dürfte ebenso wenig zu bestreiten sein wie die Tatsache, daß er *Wagner* in bezug auf die Weite des

Blickes und die Originalität vieler Ansichten übertraf. Diese Beurteilung wird durch *Heilmanns* Monographie, die von äußerster Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit zeugt, m.E. eher noch bekräftigt, und bei aller deutlichen Vorliebe, die *Heilmann* seinem „Helden“ entgegenbringt, ist das Bemühen um eine gerechte, wohlabgewogene Wertung hoch anzuerkennen. Uneingeschränktes Lob verdient auch der überaus breit angelegte Versuch, den Vergleich zwischen *Steins* Vorstellung und Postulaten mit denen seiner Zeitgenossen sowie späteren Experten ohne jede Einseitigkeit durchzuführen, und das nicht gewöhnliche Maß an Akribie und Vorurteilsfreiheit, von der erstaunlichen Breite der Analysen ganz abgesehen, die *Heilmanns* Werk auszeichnen. Besonders hervorheben möchte ich, daß es den zahlreichen zeitgenössischen „Originalisten“ in unserem Fache gut anstünde, wenn sie sich durch die Lektüre von Abschnitten wie namentlich denen, die sich mit dem steuerlichen Einkommensbegriff oder den Überwälzungsproblemen befassen, davon überzeugen würden, daß nicht weniges von dem, was sie für „neu“ halten, in Wirklichkeit ein beträchtliches Alter aufweist und eine gründliche Beschäftigung mit Theorien und Aspekten der *Stein'schen*, *Schanz'schen* und *Schmoller'schen* Lehren – um nur ein Beispiel zu erwähnen – zum Einkommensbegriff, insbesondere unter Berücksichtigung der von *Heilmann* dankenswerterweise bis zum *Carter Report* bzw. *Harbergers* Arbeiten fortgeführten Untersuchungen, ihnen manche überflüssige Arbeit erspart hätte.

Das, was man von einer *Stein*-Biographie, die den Titel der *Heilmann'schen* trägt, wohl am ehesten erwartet hätte, findet sich überwiegend in Teil I (SS. 11 - 58), der „*Steins* Stellung in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft in Deutschland, dargestellt anhand von Würdigungen und Kritiken bedeutender Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler“ untersucht, unter denen – mit Recht – die des ausgehenden 19. Jahrhunderts relativ am ausführlichsten behandelt werden. *Ex post* erscheint es erstaunlich, daß *Stein*, von dem zahlreiche zeitgenössische Finanzwissenschaftler mit größter, allerdings meist auf bestimmte Punkte bzw. Aspekte beschränkter Bewunderung sprachen, per saldo vergleichsweise nur geringen Einfluß auf die Entwicklung unserer Disziplin gehabt hat. Abgesehen von wenigen Anhängern einer historisch-soziologischen Betrachtungsweise, wie etwa *H. Jecht*, aber erstaunlicherweise auch einem Mann wie *J. Popitz*, sind die *Stein'schen* Lehren in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts von den Finanzwissenschaftlern kaum mehr zur Kenntnis genommen worden. *Erwin von Beckeraths* vorbildliche Würdigung *Steins* in seinem Beitrag zur 2. Auflage des „Handbuchs der Finanzwissenschaft“ (vgl. dazu *Heilmanns* Bemerkungen S. 56 - 58) fand weder in Deutschland noch gar im Auslande ein adäquates Echo. Lediglich in Untersuchungen, die mindestens zum Teil an staats- und verwaltungswissenschaftlichen Problemen interessiert sind, konnte bzw. kann man noch gewisse positive Beziehungen feststellen. Dagegen hat die neuere und neueste deutsche Forschung *Stein*, im scharfen Gegensatz zu *Adolph Wagner*, fast vollständig vernachlässigt; allenfalls weist man mit ein paar Worten seine bekannte Reproduktionstheorie der Besteuerung zurück, ohne die Ideen zu würdigen, die dahinter standen und von denen man sich anhand der *Heilmann'schen* Darstellung ein zutreffenderes Bild machen kann.

Heilmann ist ganz allgemein ein zuverlässiger, keineswegs einseitiger Interpret *Stein'scher* Ideen, und angesichts der neueren Entwicklung der Finanz- (und Wirtschafts-)wissenschaft bedeutet es ein großes Verdienst des Autors, das Bild des ideenreichen, nicht ausschließlich in „rein“ ökonomischen Kategorien denkenden *Lorenz von Stein* wieder zurechtgerückt zu haben.

Das Lob, das man dem hier besprochenen Buche zuteil werden lassen muß, wird bis zu einem Grade dadurch beeinträchtigt, daß es sich in weiten Teilen zu sehr auf Nebenwege begibt. Das bringt dem Dogmenhistoriker gewiß viel Wertvolles, zumal

der vorurteilslose Leser – wenn er es bis dahin noch nicht wußte – erkennen wird, daß die gängigen Urteile über viele ältere Finanzwissenschaftler bis hin zu den Merkantilisten, wie etwa *Justi*, bisweilen erstaunlich unzutreffend waren bzw. sind und daß nicht weniger Ansichten älterer Autoren – natürlich mutatis mutandis – noch heute oder gerade heute wieder mit Gewinn für Theorie und Finanzpolitik neu überdacht zu werden verdienten. In diesem Zusammenhang sei noch hervorgehoben, daß *Heilmann* eine nahezu als erschöpfend anzusehende Kenntnis der einschlägigen Literatur besitzt, die er, abermals im Gegensatz zu anderen ähnlichen geschichtlichen Untersuchungen, ohne jeden Zweifel im Original gründlich gelesen hat. Nur: bisweilen wäre doch wohl etwas weniger viel mehr gewesen, jedenfalls für die meisten Leser.

Wie dem aber auch sei: Das hier kurz angezeigte Werk stellt eine ausgezeichnete wissenschaftliche Leistung dar, von dem auch diejenigen profitieren können, die *Steins* Bedeutung etwas geringer einschätzen als sein Verfasser und hier und da eine gedrängtere Darstellung der Auseinandersetzungen Dritter mit *Steins* Gedanken vorgezogen hätten.

F. Neumark, Baden-Baden

von Hippel, Eike: Der Schutz des Schwächeren. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1982. VIII, 214 S. Kart. DM 19,80.

Seit jeher gilt der „Schutz des Schwächeren“ als genuines Thema sozialer Rechtsordnungen. Da es keine Gesellschaft gibt, in der alle Mitglieder sozial und ökonomisch gleich „stark“ sind, besteht naturgemäß die Gefahr, daß sich die Überlegenheit des Stärkeren auf Kosten des Schwächeren durchsetzt. Überall dort, wo dies nach heutigem Rechts- und Sozialverständnis nicht hinnehmbar erscheint, bedarf es des rechtlich vermittelten Schutzes des Schwächeren. Ein solcher Schutz ist – bei aller Verschiedenheit im Detail – im Laufe der Entwicklung der Industriegesellschaften zunehmend und nahezu weltweit anerkannt worden. Die Einschätzung, wer jeweils als „Schwächerer“ zu exponieren ist und damit als schutzwürdig in Betracht kommt, kann dabei höchst kontrovers sein; eine Antwort ist ganz wesentlich auch von den herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen und ihrem Wandel abhängig. Allgemein kann heute von der Auffassung ausgegangen werden, daß bei bestimmten sozialen Lagen und typisierten Rechtsbeziehungen einer daraus sich ergebenden Ungleichgewichtigkeit sozialstaatlich entgegenzuwirken ist, wenn und soweit deren Folgen für die Betroffenen unzumutbar sind.

In diesem Sinne bezieht sich der „Schutz des Schwächeren“ bei v. Hippel auf eine Partei (Gruppe), die *typischerweise einer anderen unterlegen und deshalb schutzbedürftig* ist (S. 1). Dies gilt insbesondere für den Schutz des Arbeitnehmers (S. 2 ff.), des Mieters (S. 19 ff.) und des Verbrauchers (S. 29 ff.), aber auch für den Schutz des Kindes (S. 55 ff.), der Frau (S. 74 ff.), der Alten (S. 93 ff.), der Behinderten (S. 103 ff.) und der Armen (S. 115 ff.). Auch den erst im Entstehen begriffenen „Schutz der Entwicklungsländer“ (S. 131 ff.) und – bisher nur wenig behandelt – den „Schutz künftiger Generationen“ (S. 140 ff.) führt v. Hippel als rechtspolitische Postulate in die Diskussion um typischerweise Schwächere ein.

Zum Schutzbereich des Schwächeren rechnet v. Hippel aber auch den „Schutz des Bürgers gegenüber dem Staat“ (eine in dieser Allgemeinheit m.E. nicht haltbare These), den „Schutz von (ethnischen, religiösen oder politischen) Minderheiten“, den „Schutz der Gastarbeiter“, den „Schutz von Katastrophenopfern und von Flüchtlingen“, aber etwa auch den „Schutz des Einzelnen oder der Minderheit innerhalb von Verbänden, Vereinen oder Gesellschaften“, den „Schutz der Leibesfrucht“ und den

„Schutz der Tiere“ (S. 169). Von einer Darstellung dieser letztgenannten Fallgruppen sieht der Autor in der vorliegenden Schrift jedoch ab; die einzelnen Gruppen sind lediglich aufgelistet; die Liste ließe sich fortschreiben, die Pauschallegitimierung dieses Schutzkonzepts gruppenspezifisch näher untersuchen.

Sucht man den „Schwächerenschutz“ hiernach ungeachtet seiner im einzelnen höchst divergenten Zurechnungsgründe wenigstens grob einzugrenzen, so ergibt sich, daß damit nicht nur die klassischen Bereiche des Sozialrechts und Teile des im weiteren Sinne sozialrechtlich überlagerten bürgerlichen Rechts identifiziert werden; der „Schwächerenschutz“ erschließt vielmehr weitere, bisher nicht systematisch zusammengefaßte Materien teils öffentlichrechtlicher, teils privatrechtlicher Provenienz unter dem Aspekt *sozialer Unterlegenheit und ihres rechtlichen Kompensationsbedarfs* als niedrigstem gemeinsamen Level für die Anerkennung rechtlicher Schutzpositionen zugunsten sozial Schwächerer. Hier darf man an v. Hippels Darstellung – wohl auch nach seiner eigenen Intention – keine weitergehenden Anforderungen in rechtssystematischer Hinsicht stellen: es geht ihm nicht um die Etablierung des „Schwächerenschutzes“ als eines neuen Rechtsgebiets. Erst recht wird von ihm kein Theorieansatz zum Schwächerenrecht formuliert. Vielmehr handelt es sich im wesentlichen um eine rechtspolitisch intendierte Sammlung und Zusammenstellung von praktisch wichtigen Ausprägungen des Sozialschutzes, wie ihn die Rechtsordnung entweder schon gewährt oder de lege ferenda gewähren sollte.

Das Sozialbild des „Schwächeren“ wird dabei – sieht man von herkömmlichen festen Rollenprägungen wie Mieter, Arbeitnehmer usw. einmal ab – nicht eigentlich *juristisch* entworfen und ausgearbeitet, es bleibt bei so landläufigen Konfigurationen von Schwächeren wie „Kinder“, „Alte“, „Behinderte“ usw. Soll hingegen die Analyse von schutzbedürftigen Rollenträgern (im Sinne eines wünschenswerten systematischen Schwächerenschutzes) einen weitergehenden Sinn und Nutzen haben und ein solches Unternehmen fortgeführt werden können, ist nicht ohne die Entwicklung von Kriterien auszukommen, die eine normative Auszeichnung des spezifisch Schwächeren ermöglichen. Ansonsten wird nicht nur der Versuch einer Systematisierung, sondern auch das Bemühen um politische Förderung eines wie auch immer zu konzipierenden „Schwächerenrechts“ einigermaßen bodenlos. Dies gilt schon deshalb, weil „der Schwächere“ nicht – wie auch v. Hippel zumindest implizit annimmt – mit dem immer schon schutzbedürftigen sozialen Mängelwesen Mensch zu identifizieren ist, dessen von Natur defiziente Verfaßtheit und „Ungleichheit im Lebenskampf“ alle auf sozialen Schutz und Ausgleich bedachten Rechtssysteme bereits berücksichtigen (z.B. Minderjährigenschutz im Rechtsverkehr, Schutz des sittenwidrig Übervorteilten, Schutz der Arbeit, Schutz des Bestohlenen, Schutz des Unwissenden und des Irrenden, des Geschädigten, des Schädigenden durch eine wohlwollende Verschuldenshaftung, verwaltungsrechtlicher Schutz des Examenskandidaten, Schutz des Tatverdächtigen durch Vermutung seiner Unschuld, des Strafgefangenen durch einen humanen Strafvollzug – um nur wenige Beispiele anzuführen). Was also *fehlt*, ist eine *theoretisch-programmatische Konzeption des Schwächerenrechts*, die die geltenden Regelungen und rechtspolitischen Aktivitäten erfaßt, systembezogen verarbeitet und dabei die Grenzen eines Schwächerenschutzes kritisch im Verhältnis zu der allgemeinen sozialen Schutz- und Ausgleichsfunktion von Rechtsordnungen aufweist.

Auch ohne diesen Anspruch bleibt es indes nützlich, wenn – wie dies bei v. Hippel durchweg geschieht – informative Überblicke über relevante Bereiche des Schwächerenschutzes skizziert werden.

Im einzelnen: Im Abschnitt über den „Schutz des Arbeitnehmers“ geht der Autor auf die Bedeutung der Gewerkschaften pauschal ein; dafür behandelt er ausführ-

licher die Gefahr von Tarifverträgen zu Lasten nichtorganisierter Dritter. Wie der Arbeitnehmer geschützt ist, darüber erfährt der Leser nur sehr wenig. Im Abschnitt über den „Schutz des Mieters“ ist die Interdependenz zwischen Wohnungsmarkt und Mieterschutz ein zentrales Thema, im Abschnitt über den „Schutz des Verbrauchers“ geht es u.a. um Möglichkeiten und Grenzen von Verbraucherschutzorganisationen. Die folgenden Abschnitte informieren insbesondere über die sozialpolitische Situation in der Bundesrepublik (u.a. Schutz des Kindes, der Frau, der Alten, Behinderten und Armen) mit rechtsvergleichendem Bezug zu den Verhältnissen in anderen Ländern. Das dabei mitgeteilte empirische Material zeigt eindrucksvoll, daß der rechtliche Rahmen, so sehr er am Wohle des „Schwächeren“ orientiert ist, allein nicht hinreichend zu helfen vermag. Wenn der Gesetzgeber etwa die „elterliche Gewalt“ zur „elterlichen Sorge“ umgestaltet hat, ist damit die Situation des Kindes kaum verbessert (S. 63 ff.). Der Autor vergleicht das Kinderleben in der Dritten Welt mit dem der Industriestaaten. Dort droht der Hungertod, hier dagegen als Auswirkung der Zivilisation die psychische Verelendung, die sich u.a. in den Selbstmordraten und in steigendem Drogenmißbrauch niederschlägt. Die erforderliche elterliche Zuwendung ist in der modernen Doppelverdiener-Ehe nicht genügend gewährleistet (S. 88). „Obwohl alles getan werden sollte, um der Frau . . . Chancengleichheit zu verschaffen, sollte man auf doktrinäre Beeinflussungen der Frau verzichten und es der Entscheidung der Ehepartner überlassen, wie sie die jeweils bestehenden Aufgaben untereinander aufteilen“ (S. 87). v. Hippel warnt vor der Ersetzung der einen Ideologie („Die Frau gehört ins Haus“) durch eine andere („Die Frau gehört außer Haus“). Renten können bei dem drastischen Geburtenrückgang in der Bundesrepublik, der den Generationenvertrag gefährdet, auf Dauer nicht problemlos gezahlt werden; eine Steigerung der Geburtenrate ist erforderlich (S. 159 ff., 165 f.). Umgekehrt wächst in der Dritten Welt die Bevölkerung bedrohlich; dort muß auf eine Verringerung der Geburtenrate hingewirkt werden (S. 141 ff.).

Schon diese wenigen hier herausgegriffenen Gesichtspunkte zeigen, daß der Autor sozialwissenschaftliche und ökonomische Gesichtspunkte bei der Darstellung der Rechtslage heranzieht, um die Abhängigkeit effizienterer Regelungen von sozialen Gegebenheiten darzutun. Das Problem einer zweckmäßigen und gerechten Regelung sieht er zu Recht auch im Zusammenhang der Verflechtungen mit schutzwürdigen Interessen anderer Gruppen, schließlich der Menschheit überhaupt. Lösungen in Teilbereichen, die die Gesamtsituation nicht berücksichtigen – zu ihr zählen nicht zuletzt die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Dritten Welt – sind, wie v. Hippel zutreffend ausführt, durch einen „Bumerang-Effekt“ gekennzeichnet (S. 178). Politik wird im übrigen nicht allein für die Gegenwart betrieben: Die Folgen politischer Entscheidungen treffen künftige Generationen in vielen Bereichen existentiell. Notwendig ist ein Umdenken nicht nur politischer Organe. Wie gegenwärtig von naturwissenschaftlicher Seite wird hier auch im sozialwissenschaftlichen Raum der Ruf nach einer neuen Ethik laut, die sich nicht in bloßer Individualmoral als Grundlage menschlichen Zusammenlebens wird erschöpfen können.

Als übergreifender Gesichtspunkt reformerischer Überlegungen, die v. Hippel zahlreich einstreuht, erweist sich der Präventionsgedanke, der vor allem bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, von Unfällen, Krankheit und Invalidität im Vordergrund zu stehen habe (S. 173). Zuzustimmen ist dem Verf. insbesondere darin, daß bei Maßnahmen zugunsten bestimmter Gruppen gerade auf die jeweils schwächsten Mitglieder der Gruppe zu achten sei; beim Einsatz staatlicher Mittel müsse dafür gesorgt werden, daß die Mittel den jeweils Bedürftigsten zugute kommen (S. 174). So kritisiert v. Hippel mit Grund, daß der Gesetzgeber durch eine allzu großzügige Bemessung der Berechtigungsgrenzen so vielen Bürgern ein Anrecht etwa auf eine Sozialwohnung eingeräumt habe, mit der Folge, daß nur ein Bruchteil davon – und

gerade nicht die Bedürftigsten – tatsächlich eine Sozialwohnung erhalte. Hier kann es zu einer „Umkehrung“ des Schwächerenschutzes kommen. Kaum anders liegt es – worauf v. Hippel im Anschluß an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Mai 1981 (NJW 1981, 2107) aufmerksam macht – bei einer allzu weitherzigen Anerkennung beeinträchtigter Personen als „Schwerbehinderte“, wenn dadurch die verfügbaren Mittel nicht denen zufließen, die ihrer bedürfen, sondern anderen, nicht oder weniger bedürftigen Personen. Darüber hinaus gilt – in verfassungsrechtlicher Sicht – für die Gestaltung des „Schwächerenrechts“ allgemein, daß soziale Leistungen des Staates nicht beliebig verstreut, sondern jeweils nur gezielt für die tatsächlich Bedürftigen zum Einsatz kommen dürfen. Im übrigen kann nach Maßgabe der sozialen Bedürftigkeit das „Schwächerenrecht“, da es weitgehend auf veränderliche Verhältnisse abstellen muß, auch einen Abbau sozialer Leistungen in Betracht ziehen, ohne daß das Sozialstaatsprinzip entgegensteht.

Zu Recht warnt v. Hippel schließlich vor einer Vernachlässigung der Eigenverantwortung des sozial Schwächeren für seine Daseinsgestaltung und Selbstbehauptung. So erscheint es wohl selbstverständlich, daß der Ansporn zur baldmöglichen Wiederaufnahme der Arbeit im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit durch einen überzogenen Sozialschutz nicht beeinträchtigt werden darf. Daß das Nettoeinkommen doppelverdienender Ehegatten unter bestimmten Umständen steigt, wenn einer von ihnen arbeitslos wird und Arbeitslosengeld bezieht (vgl. Capital 1978 Nr. 6, S. 159 f.), erscheint dann als Fehlleistung des „Schwächerenrechts“, die das Sozialstaatsprinzip geradezu auf den Kopf stellt.

Alles in allem bietet das Buch Anstoß (und sicherlich auch für manchen einen Stein des Anstoßes), sich mit bewegenden rechtspolitischen Fragen der Gegenwart zu beschäftigen. Es bietet natürlich kein fertiges Rezept; es fordert zur Auseinandersetzung. Jeder sozialwissenschaftlich und juristisch Interessierte, darüber hinaus jeder, der an politischen Entscheidungen beteiligt ist, wird den Band, der leicht verständlich und mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen ist, mit Gewinn zur Hand nehmen können.

R. Weimar, Siegen

Schmidt, Klaus-Dieter: Arbeitsmarkt und Bildungspolitik (Kieler Studien, hrsg. von Herbert Giersch, Bd. 187). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1984. 149 S. DM 40,—.

Im Zentrum der Arbeit von Schmidt steht die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Seiner Hauptthese nach (S. 2) hängt die unbefriedigende Beschäftigung „zu einem guten Teil“ mit unzureichenden Anpassungsreaktionen auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Als Optionen für die Beschäftigungspolitik kristallisiert er die Alternative „weniger verdienen“ oder „mehr leisten“ heraus und geht schließlich näher auf solche „Reformen der Bildungsreform“ (S. 101) ein, die über verbesserte Qualifikation die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte steigern könnten.

Da die Untersuchung als empirischer Beitrag verstanden werden will, erwartet man eine empirische Fundierung der vorgelegten Thesen und Vorschläge. Schmidt bereitet zu diesem Zweck eine sehr große Zahl von Informationen vorwiegend aus der amtlichen Statistik auf und versucht mit ihrer Hilfe ein konsistentes Bild zu zeichnen. Da er jedoch selbst (S. 4) die unbefriedigende Datenlage hinsichtlich relativ *einfacher* Sachverhalte beklagt, drängt sich die Frage auf, wieweit denn die vorgetragenen *weitreichenden* Urteile und Empfehlungen durch die herangezogenen Daten abgesichert sind.

In dieser Perspektive kann der erste Teil von Schmidts Arbeit, in dem die quantitativen und qualitativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt der 60er und vor allem der 70er Jahre nachgezeichnet werden, als ein Versuch betrachtet werden, Veränderungen in der Anpassungsbereitschaft zu belegen: Etwaige Änderungen darin müßten sich ja *ceteris paribus* in solchen der Mobilität und schließlich im Wandel von Umfang und Struktur der Beschäftigung niederschlagen. Da eine bestimmte Nettoänderung in der Beschäftigungsstruktur jedoch je nach der Zahl einander kompensierender Wechsel mit hoher oder niedriger Mobilität einhergehen kann, sind gültige Aufschlüsse über die Entwicklung der Anpassungsbereitschaft nur aus Stromgrößen zu gewinnen. Schmidt argumentiert denn auch – soweit es die Datenlage erlaubt – mit solchen Größen.

Als Hauptindikator für die Mobilitätsbereitschaft erscheint ihm dabei die Zahl der zwischenbetrieblichen Arbeitsplatzwechsel. Diese sinkt im langfristigen Trend – sowohl absolut wie auch bezogen auf die Gesamtzahl der von den Unternehmen vorgenommenen Einstellungen – deutlich. Selbst wenn man von einigen Mängeln in den Daten absieht, die Schmidt selbst darlegt, kann man daraus jedoch nicht ohne weiteres auf eine abnehmende Mobilitätsbereitschaft schließen: Statt auf eine geringere Bereitschaft zum Wechsel könnte der Sachverhalt auch auf geringere Möglichkeiten dazu rückführbar sein. Für diese These spricht, daß sie zumindest *einer* Überprüfung standhält: Wenn die Ursache der abnehmenden Zahl zwischenbetrieblicher Wechsel nämlich nicht in allgemein sinkender Mobilitätsbereitschaft, sondern in geringeren Mobilitätsmöglichkeiten gelegen hätte, sollte diese Verringerung der Chancen die qualifizierteren Arbeitskräfte weniger getroffen haben. Unterstellt man, daß neu ins Erwerbsleben eintretende Personen im Vergleich zu Betriebswechslern aus der Sicht der Unternehmen – weiß man, ob die Wechsler nicht doch eher Versager, Wandervögel sind? – als leistungsfähiger eingeschätzt werden, so belegen Schmidts Zahlen (S. 16) gerade die Gegenthese: Die Unternehmen stellen heute keineswegs weniger, sondern eher mehr Personen als früher ein, die vorher keiner Erwerbstätigkeit nachgingen.

Die Daten über Eintritte ins und Austritt aus dem Erwerbsleben sowie über innerbetriebliche Umsetzungen, die Schmidt in diesem Teil seiner Arbeit weiterhin vorstellt, sind für die Beurteilung der Anpassungsbereitschaft kaum beweiskräftig. Die trendmäßige Zunahme der Zugänge in und der Abgänge aus der Erwerbstätigkeit ist vornehmlich auf die steigende Zahl von Personen zurückzuführen, die über die Zwischenstation Arbeitslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz finden und kann so zwar einerseits bedeuten, daß Mobilität erzwungen werden mußte, kann aber andererseits auch, wie Schmidt selbst schreibt (S. 11), die Folge eines Mangels an Arbeitsplätzen sein. Die Zahl der innerbetrieblichen Wechsel, beziehungsweise die Bedeutung interner Arbeitsmärkte, kennzeichnet zwar einerseits die Chancen überbetrieblichen Strukturwandels, andererseits können aber auch innerbetriebliche Umsetzungen, insbesondere in Großunternehmen, zu sektoralem und qualifikatorischem Strukturwandel führen. Die von Schmidt vorgetragenen Argumente beziehen sich darüber hinaus auch nur auf die momentane Stärke der Segmentation (welche er als gering veranschlagt), nicht aber auf deren Veränderung im Zeitablauf, auf die es im Hinblick auf die etwaige Erschwerung von Anpassungsreaktionen ankommt.

Alle diese Informationen über die Höhe der Stromgrößen besagen im übrigen nichts über die Effektivität der Mobilität bei der Bewältigung des Strukturwandels, da der Anteil der Wechsel offen bleibt, die einander nur kompensieren. Um die Effektivität der Wechsel zu beurteilen, benötigt man Daten über die Richtung der Stromgrößen. Die vorhandenen Statistiken enthalten nur an einer Stelle solche Informationen. Danach ist die Mobilität zwischen den Wirtschaftsbereichen brutto um ein Mehrfaches höher, als es zur rechnerischen Bewältigung der Nettoveränderungen in der

Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftszweigen notwendig wäre. Es ist daher durchaus denkbar, daß unzulänglicher Strukturwandel eine Folge unzureichender Effizienz statt unzulänglichen Umfangs von Mobilität ist; an Hand der vorhandenen Daten kann zwischen diesen Hypothesen nicht entschieden werden.

Was die Nettostrukturwandlungen angeht, dokumentiert Schmidt die unstreitige Entwicklung in Richtung auf die tertiären Wirtschaftsbereiche, Berufe und Tätigkeitschwerpunkte. Hinsichtlich der Qualifikationserfordernisse vertritt er die „Annäherungshypothese“, wonach die Zahl der Arbeitsplätze mit besonders hohen wie auch mit besonders niedrigen Anforderungen abnimmt. Diese These, die im Zusammenhang mit Schmidts bildungspolitischen Empfehlungen von besonderer Bedeutung ist, mag richtig sein; da aber die vorhandenen „harten“ Informationen sich im wesentlichen auf die bei den Arbeitskräften vorhandenen, nicht aber auf die am Arbeitsplatz geforderten Qualifikationen beziehen, muß die Begründung dieser These letztlich problematisch bleiben. Schmidt neigt dazu (S. 53ff.), die Zunahme der Arbeitskräfte mit mittleren Qualifikationen als den Anforderungen entsprechend, die Erhöhung der Zahl der Hochschulabsolventen aber als über die Erfordernisse hinausgehend einzustufen. Als Beleg für seine These führt er vor allem die Nivellierung der Verdienstrelationen zwischen Akademikern und Nichtakademikern an. Er selbst räumt allerdings ein, daß Verdienstrelationen nicht immer Knappheitsrelationen getreu widerspiegeln und daß nicht allein die Höhe, sondern auch die Art der Qualifikationen auf sie Einfluß hat; hinzuzufügen ist, daß die von ihm präsentierten Daten aus den Analysen von Clement, Weißhuhn und Tessaring auf dem kurzen Zeitraum von 1974 bis 1977 basieren und daher nur mit viel Wagemut zu extrapolieren sind; von den Autoren werden sie im übrigen als Beleg dafür gewertet, daß höhere Bildung in der Bundesrepublik nach wie vor gut honoriert werde.

In Verbindung mit einer Präsentation von Daten zur Struktur der Arbeitslosen nimmt Schmidt die Frage nach der Anpassungsbereitschaft ausdrücklich wieder auf. Er hält die Konzessionsbereitschaft der Arbeitslosen nicht für gering, aber auch nicht für groß genug. Als Beleg wird vor allem angeführt, daß mit der Dauer der Arbeitslosigkeit die Konzessionsbereitschaft zunimmt; dies kann jedoch natürlich auch nur Ausdruck rationalen Verhaltens sein. Auch Schmidts Hoffnung, die Mobilitätsbereitschaft werde im Zuge des laufenden Wechsels der Generationen zunehmen, ist wohl trügerisch. Die größere Konzessionsbereitschaft der heute jüngeren Arbeitslosen dürfte weniger einem Generationen-, sondern einem Alterseffekt entspringen.

Generell ist im ersten Teil der Arbeit bemerkenswert, wie Schmidt, der wiederholt die ökonomische Perspektive seiner Analyse betont, Wandlungen in der Anpassungsbereitschaft, in den Präferenzen also, zur Erklärung heranzieht bzw. als Heilmittel fordert. Gerade für einen Ökonomen hätte doch die Frage nahegelegen, ob man ohne Annahmen über Präferenzänderungen auskommt, etwa indem man Änderungen der Mobilität mit konjunkturellen und langfristigen Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität in Zusammenhang bringt, welche doch zweifellos über die Zahl freier Stellen die Möglichkeiten bestimmen, einen Arbeitsplatzwechsel zu realisieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Eine Prüfung dieser Vermutung hätte die Überzeugungskraft der Argumentation von Schmidt wesentlich erhöht.

Im zweiten Teil setzt sich Schmidt kritisch mit verschiedenen Thesen zu den Ursachen der Beschäftigungskrise auseinander. Insbesondere sieht er (S. 71) in veränderten Konsumgewohnheiten, neuen Technologien und Verschiebungen der internationalen Arbeitsteilung keine hinreichende Erklärung der Arbeitslosigkeit; alle diese Änderungen seien, wie das Beispiel der fünfziger und sechziger Jahre gezeigt habe, auch ohne Arbeitslosigkeit zu bewältigen. Die genannten Faktoren, wie auch die

demografische Entwicklung, verkörpern Belastungen und Bewältigungspotentiale des Arbeitsmarkts. Schmidts These, die langanhaltende Arbeitslosigkeit der 70er Jahre habe andere Ursachen, kann daher als belegt gelten, wenn im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren in den siebziger Jahren die genannten Anforderungen an den Arbeitsmarkt höchstens im gleichen Maße wie sein Bewältigungspotential in Gestalt der Güternachfrage zugenommen haben.

Explizit nimmt Schmidt einen solchen zeitlichen Vergleich nur bei den Belastungen des Arbeitsmarktes aus der demografischen Entwicklung vor. Er weist – sicherlich zu Recht – darauf hin, diese seien zumindest in den 50er Jahren noch stärker gewesen. Hinsichtlich der technologischen Veränderungen konzentriert Schmidt sich dagegen auf den Nachweis, daß die Beschäftigungswirkungen der neuen Technologien (insbesondere der Mikroelektronik) in der derzeitigen Diskussion dramatisiert werden; sie seien keine Jobkiller, ihre quantitativen Wirkungen verschliffen sich bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung; bedeutend seien vor allem ihre Auswirkungen auf die Arbeitsanforderungen. Hinsichtlich der Auswirkungen der intensivierten internationalen Arbeitsteilung wird dargelegt, daß trotz steigender Importe der Bundesrepublik der Nettoeffekt von Import und Export eher beschäftigungssteigernd sei und daß durch die internationale Arbeitsteilung auch kein Trend zu kapitalintensiver Produktion, wohl aber zu wissenschaftsintensivem Export ausgelöst werde. Diese Relativierungen – mögen sie richtig sein oder nicht – ersetzen jedoch nicht Informationen darüber, wie sich die beiden letztgenannten Belastungen im Vergleich zu den 50er Jahren entwickelt haben. Eine solche Gegenüberstellung fehlt auch hinsichtlich der Nachfrageentwicklung. Hier wird konzediert, es gebe zu wenig expansive Märkte; dies sei aber nicht auf eine allgemeine Sättigung der Nachfrage zurückzuführen – technologische Neuerungen würden in ihrer Wirkung als Nachfragestimulanz meistens unterschätzt –, sondern auf mangelnde Attraktivität des Angebots. (Hier ist übrigens die einzige Stelle der Arbeit, an der mögliche Ursachen der Beschäftigungskrise auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ins Blickfeld geraten.) Nach allem mag Schmidts These, die lang andauernde Arbeitslosigkeit sei nicht durch zunehmende Belastungen des Arbeitsmarktes aus technologischen Änderungen, Änderungen der internationalen Arbeitsteilung und demografischer Entwicklung bei verringerten, aus Nachfragemangel resultierenden Bewältigungsmöglichkeiten zu erklären, durchaus richtig sein, durch die angeführten Daten belegt erscheint sie aber nicht.

An Stelle der abgelehnten Erklärungen bietet Schmidt die These an, über die Beschäftigung der Produktionsfaktoren entscheide letztendlich – wohl neben der diskutierten Anpassungsbereitschaft – das Niveau und die Struktur der relativen Faktorpreise. Die vorliegenden Beschäftigungsprobleme resultierten somit aus einem zu hohen Lohnniveau und aus mangelhafter Anpassung der Lohnstruktur an veränderte Qualifikationsanforderungen. Daß bei langfristiger Arbeitslosigkeit das Lohnniveau über dem markträumenden Gleichgewichtspreis für Arbeit liegt, ist nun aber schon in der theoretischen Definition der Arbeitslosigkeit im Rahmen eines Angebots-Nachfrage-Schemas impliziert und insoweit wenig aufregend. Entscheidend und umstritten ist dagegen, ob *Senkungen* des nominalen und/oder realen Lohnniveaus eine Ausweitung der Beschäftigung bewirken (und als akzeptables Mittel für diesen Zweck anzusehen sind). Schmidt stützt seine zustimmende Antwort auf diese Frage nicht auf theoretische Überlegungen – im Modell sei vieles denkbar – und auch nicht auf bereits vorliegende empirische Untersuchungen – sie hätten keine überzeugenden Ergebnisse erbracht –, sondern auf eine Berechnung der Substitutionselastizität von Kapital und Arbeit, die in der Bundesrepublik in der Zeit von 1960 – 80 zwischen – 1,1 und – 0,8 gelegen habe. Daß allein dies eine Ergebnis eine Entscheidung für eine der konkurrierenden Theorien erlaubt, verwundert um so mehr, als eine mit der berechneten Sub-

stitutionselastizität von ca. – 1 korrespondierende Lohnelastizität der Beschäftigung von etwa 0,3 in der Bandbreite der vorhandenen älteren empirischen Untersuchungen liegt (vgl. den Übersichtsartikel von Hamermesh im Journal of Human Resources 1976). Hinsichtlich der Lohnstruktur läßt Schmidt dahingestellt, ob in den siebziger Jahren eine Nivellierung stattgefunden habe; unabhängig davon wird bezweifelt, ob die Differenzierung der Lohnstruktur ein Ausmaß erreicht habe, daß den Unterschieden in der Substituierbarkeit von qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften Rechnung trage. Auf welche anderen Fakten als die (zu erklärende) höhere Arbeitslosigkeit der Unqualifizierten sich diese Skepsis stützt und welches Differenzierungsniveau für notwendig erachtet wird, war für den Rezessenten allerdings nicht genau auszumachen.

Zur Lohnpolitik, die in der kurzen Frist die einzige Chance darstelle, sieht Schmidt nur eine – längerfristig allerdings vorteilhaftere – Alternative: die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte (was bei unveränderten Löhnen natürlich einer Lohnsenkung entspricht). Dazu und auch zur Verbesserung der Anpassungsmechanismen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem macht Schmidt im dritten Teil Vorschläge für eine „Reform der Bildungsreform“. Für diese Empfehlungen geht er von einer Zunahme des Bedarfs an Arbeitskräften aus, die flexibel einsetzbar sind bzw. die über mittlere bis gehobene Qualifikationen verfügen. Er sieht zwar keinen Mangel an Personen, die zu Facharbeitern ausgebildet wurden, wohl aber an Ausgebildeten, die bereit sind, Facharbeiter zu bleiben und führt dies teils auf die zu niedrige Entlohnung der Facharbeiter in Relation zu den Angelernten zurück, teils aber auch darauf, daß im dualen System in Berufen ausgebildet werde, für die später kein Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften vorhanden sei. Die Beschäftigungschancen für Hochschulabsolventen sieht Schmidt demgegenüber ausgesprochen skeptisch. Seiner Meinung nach wird es hier in den nächsten Jahren zu erheblichen Problemen kommen, die eine Fehlleitung von Humankapital in großem Umfang dokumentierten. Dabei ist aber nicht immer ganz klar, ob das eigentliche Problem in der Quantität der Hochschulabsolventen überhaupt, oder in ihrer fachspezifischen Zusammensetzung gesehen wird. Möglicherweise nimmt Schmidt aber auch an, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen in beiderlei Hinsicht wirksam seien.

Im wesentlichen fordert er eine stärker beruflich, statt schulisch orientierte Ausbildung, eine breite Grundausbildung und damit die behutsame Auflösung des berufs-spezifischen Bildungssystems sowie eine verstärkte Einbeziehung der Weiterbildung in die Planung von Curricula. Zur Realisierung dieser Ziele wird *in concreto* im Bereich der beruflichen Bildung die Stufenausbildung (in nicht näher festgelegter Form), im Bereich der Hochschulausbildung die Förderung der vertikalen Flexibilität betont. Als institutionelle Änderungen werden die Verstärkung der pretialen Lenkung von Bildungssentscheidungen und die Stärkung der privatwirtschaftlichen Komponente des Bildungssystems empfohlen. Die Begründung der Maßnahmen erfolgt in diesem Teil der Arbeit im wesentlichen durch theoretische Überlegungen, empirische Daten treten in den Hintergrund.

Insgesamt macht Schmidts Arbeit, die im Rahmen der Strukturerichterstattung entstanden ist, das Dilemma wirtschaftspolitischer Beratung deutlich: Sie soll eine theoretisch fundierte Empfehlung liefern, muß aber von einander widersprechenden, interessengebundenen Theorien und vorgegebenen, meist der amtlichen Statistik entnommenen Daten ausgehen, die nicht im Hinblick auf die konkurrierenden Theorien erhoben sind. Im Ergebnis findet man eine – in der Arbeit von Schmidt sehr gelungene – Aufbereitung der Daten im Lichte eines ausgewählten theoretischen Konzeptes; ob dieses Konzept und die darauf fußenden Empfehlungen tragfähig sind, kann im Rah-

men solcher Arbeiten nicht geprüft werden; es muß speziellen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

W. Rippe, Bamberg

Lampert, Heinz: Lehrbuch der Sozialpolitik. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1985. XXIV, 371 S. Brosch. DM 49,80.

Sozialpolitik hat in Deutschland eine über 100-jährige Geschichte. Sozialpolitiklehre verblieb eher noch in den Anfängen. Während die Wirtschaftswissenschaft in den 30er Jahren die Wende von der historischen zur analytischen Methode vollzog, tut sich Sozialpolitiklehre noch immer schwer damit. Heinz Lampert, Professor der Volkswirtschaftslehre in Augsburg, legt ein „Lehrbuch der Sozialpolitik“ vor, das die Summe seiner Lehrtätigkeit bietet. In einem ersten Teil wird über die Geschichte der deutschen staatlichen Sozialpolitik berichtet. Ein zweiter Teil bringt eine systematische Darstellung der Bereiche sozialpolitischen Handelns in Einzelbereichen von „Arbeitnehmerschutz“ bis „Vermögensbildung“.

Gegenüber der ersten Ausgabe „Sozialpolitik“ (1980) wurde im neuen Lehrbuch der historische Teil wesentlich gekürzt, um das Buch „zu aktualisieren“. Im wesentlichen verwendet Lampert eine beschreibende, also „historische“ Methode, um Fakten, Maßnahmen, Fehlleistungen der Sozialpolitik darzustellen. Da muß natürlich auch der neueste Stand irgendwann wieder veralten. So fällt auf, daß etwa der „Neuen Sozialen Frage“ (1975 ff.) oder der „Kostendämpfungspolitik“ (1977 ff.), obwohl im Text verschiedentlich erwähnt, doch kein Stichwort im Sachregister gewidmet wird. Die Fülle des Gebotenen läßt sonst freilich kaum Lücken.

Während Liefmann-Keil in ihrem Lehrbuch 1961 die „Ökonomische Theorie der Sozialpolitik“ begründete, schlägt Lampert vor, sich nicht nur auf die Wirtschaftstheorie, sondern auch auf interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stützen. Damit wird allerdings die theoretische Basis eher schmäler, so daß schließlich einer „allgemeinen Theorie der Sozialpolitik“ nur wenige Seiten gewidmet werden (S. 113 f.). Die so eher wenig klare theoretische Fundierung wirkt sich auf die Darstellung aus, wenn z.B. einerseits unter „Systeme der sozialen Sicherung“ (S. 143) eine „Summe aller Maßnahmen“ verstanden wird, die sich ja im politischen Prozeß immer recht „unsystematisch“ bildet, andererseits „Systeme“ im Sinne einer „Systemtheorie“ als Modelle von Beziehungsgefügen dargestellt werden (S. 160). Leider haben sich im graphischen Systemschaubild (Übersicht 8) einige Fehler eingeschlichen, was zeigt, wie schwierig der Umgang mit solchen Systemgraphen doch ist. Da der „Staat“ als Aggregat nicht einbezogen wurde, ergibt sich notwendig im Modell eine „monistische Krankenhausfinanzierung“, wie sie im wirklichen „System der GKV“ nicht besteht.

Das neue Lehrbuch von Lampert bietet einen umfassenden Überblick über die gegenwärtige deutsche Sozialpolitik. Aktueller könnte nur eine Loseblattausgabe sein. Es steht in der „klassischen“ Tradition der Lehrbücher, die Gesamtdarstellungen bringen wollen. Das werden viele Studierende und Fachschüler, die als Zielgruppe angesprochen werden, mit ihrem Nachschlagebedarf danken. In die Entwicklungsline der theoretischen Grundlegungen im Sinne einer „Theorie der Sozialpolitik“ hat Lampert sein Buch nicht gestellt. Hier bleibt Sozialpolitik gegenüber Wirtschaftspolitik immer noch einen wichtigen Schritt zurück, da sie nicht wie jene über Theorie vergleichbar mit Wirtschaftstheorie oder auch vergleichbar mit theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik (vgl. etwa das neue Lehrbuch von Luckenbach, München 1986) verfügt.

Ph. Herder-Dorneich, Köln

Neumann, G. R. / Westergård-Nielsen, N. C. (Eds.): Studies in Labor Market Dynamics. Proceedings of a Workshop on Labor Dynamics, Held at Sandbjerg, Denmark, August 24 - 28, 1982 (Studies in Contemporary Economics, Vol. 11). Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1984. X, 285 S. DM 52,-.

Die in diesem Band zusammengefaßten Arbeiten basieren auf Vorträgen, die auf einer Konferenz 1982 in Aarhus/Dänemark gehalten wurden. Aus der Einleitung der Herausgeber geht hervor, daß die Konferenz anlässlich des Beginns eines Arbeitsmarktprojekts stattfand, in dem zum ersten Mal dänische Zeitreihendaten verwendet werden sollen. „Die Konferenz sollte einen Überblick über neue Entwicklungen in der Arbeitsmarkttheorie geben, in der Nichtbeschäftigung zu einer bestimmten Zeit als Resultat der Bewegung (flows) von Individuen zwischen den verschiedenen Arbeitsmarktzuständen angesehen wird“ (Seite III). Diese Theorie, die teilweise unter dem Begriff „Job-Search“-Theorie bekannt ist, versucht, den Zustand von Individuen (beschäftigt, arbeitslos, nicht partizipierend) und die Dauer des Verbleibens in einem dieser Zustände zu erklären. Alle Arbeiten – mit einer einzigen Ausnahme (Darbonade) – illustrieren das jeweils diskutierte Modell durch empirische Beispiele, die allerdings überwiegend auf Daten aus dem „Denver and Seattle Income Maintenance Experiment“ (DIME/SIME) basieren.

In vielen Arbeiten dominieren ökonometrisch-statistische Probleme, beispielsweise die Modellierung von nicht abgeschlossenen Wartezeiten (elapsed spells), die Problematiken des Arbeitsmarkts, d. h. teilweise ist die Verwendung von Arbeitsmarktdaten nur als „nice application“ eines formal recht anspruchsvollen Modells anzusehen. Der gewählte Titel „Studies in Labor Market Dynamics“ wird dieser Tatsache nur ungenügend gerecht; ich würde das Buch eher mit dem Titel „Ökonometrisch-statistische Analyse von Modellen für Übergänge zwischen Zuständen und Wartezeit in diesen Zuständen mit spezieller Anwendung auf neue mikroökonomische dynamische Arbeitsmarktansätze“ versehen.

In weiten Teilen des Buches besteht eine starke inhaltliche Überlappung mit „Nicholas M. Kiefer (Herausgeber): Econometric Analysis of Duration Data“, Journal of Econometrics Volume 28, No. 1, (April 1985). Starke Überschneidungen dürften auch mit dem angekündigten Buch von Heckman und Singer (Herausgeber): „Longitudinal Analysis of Labor Market Data“, Cambridge University Press, bestehen. Vielleicht ist dies auch der Grund, daß Heckman im zu besprechenden Buch nicht als Verfasser erscheint.

Bezüglich der Abgerundetheit wird sein Buch, das als Genre „Proceedings“ angibt, wohl weniger kritisch als ein normaler Sammelband zu beurteilen sein. Trotzdem bleibt – vor allem bei der großen Verzögerung der Veröffentlichung der Vertragsmanuskripte – die Frage, warum die Einleitung der Herausgeber oder ein zusätzliches Kapitel nicht wenigstens stichwortartig auf die folgenden Punkte eingeht:

- (a) Ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung im Arbeitsmarktbereich, soweit es den hier betrachteten ökonometrisch orientierten Bereich betrifft.
- (b) Ein Anforderungskatalog für Datensätze, die der empirischen *wissenschaftlichen* Forschung genügen würden, sowie ein Vergleich von vorhandenen amerikanischen und skandinavischen, speziell dänischen, Datenquellen.

Stattdessen stehen die von namhaften amerikanischen Spezialisten auf diesem Gebiet (Lancaster, Burdett, Kiefer, Mortensen, Neumann, Jovanovic) überwiegend formal-theoretisch gehaltenen Arbeiten mit fast ausschließlich amerikanischen empirischen Beispielen recht zusammenhanglos neben den empirisch-deskriptiv gehalte-

nen Arbeiten zu Arbeitsmarkt-Datensituationen in Skandinavien (Leighton, Gustafson, Hohmlund, Spieker, Westergård-Nielsen).

Eine Würdigung aller Einzelarbeiten würde den Rahmen dieser Besprechung sprengen. Ich beschränke mich deshalb auf eine subjektive Kommentierung einiger Arbeiten, die mir besonders interessant oder erwähnenswert erscheinen.

Zwei Arbeiten beschäftigen sich mit den *Stichproben-Design bei Arbeitsmarktdaten*: Lancaster und Chesher untersuchen die unterschiedlichen Ergebnisse bei Verwendung von „stocks“ und „flows“. Im ersten Fall analysiert man den Bestand an Arbeitslosen zu einem bestimmten Zeitpunkt, während man im zweiten Fall alle diejenigen Individuen berücksichtigt, die während eines bestimmten Zeitraums entweder arbeitslos werden oder den Zustand der Arbeitslosigkeit verlassen. Anhand eines Zwei-Gleichungs-Modells mit Reservationslohnsatz und Abgangswahrscheinlichkeit (Hazard Rate) aus der Arbeitslosigkeit als den gemeinsamen abhängigen Variablen illustrieren die Autoren die unterschiedlichen Ergebnisse für die beiden Datenarten. Insbesondere wird gezeigt, daß Unabhängigkeits- bzw. Exogenitätsannahmen für den einen Ansatz nicht notwendigerweise auch dieselben Eigenschaften beim anderen Ansatz implizieren. Ridder unterscheidet in seiner Arbeit zwischen zwei Arten von „selektiven“ Stichproben*, nämlich Auswahl, die der Beobachter vornimmt („observer selection“) und derjenigen, die das analysierte Stichprobenelement (z.B. Arbeitsloser) selbst vornimmt („self selection“), wobei der erste Fall sich als der kompliziertere bei der Modellierung entpuppt. Interessanterweise ist andererseits die in der Arbeitsmarktforschung übliche, auch in der oben erwähnten Arbeit von Lancaster und Chesher benutzte Methode, nur Daten eines bestimmten Zustands (z.B. arbeitslos) zu verwenden, äquivalent mit der Auswahl gemäß „observer selected sample“. Der Autor weist auf den Effizienzverlust bei der Schätzung hin, wenn die Likelihoodfunktion diese Stichproben-Design nicht berücksichtigt, und vergleicht verschiedene Schätzansätze anhand eines empirischen Beispiels.

Ganz in der Tradition der *Such-Theorie* steht das Papier von Mortensen und Neumann, in dem untersucht wird, in wieweit die Übergangsraten durch persönliche Entscheidungen (choice) oder durch Zufall (chance) bestimmt sind. Dabei verstehen die Autoren unter „choice“ die Konstellation der statischen Suchtheorie, in der ein Individuum sich zu einem bestimmten Zeitpunkt zwischen verschiedenen Zuständen aufgrund der vorliegenden Information (wie auch seines Reservationslohnes) entscheidet. „Die Zeit zwischen Entscheidungsterminen ist ein Zufallsintervall mit einer Verteilung, die vom Zustand abhängt, in der er zur Zeit ist.“ Die Länge des Intervalls wird als Wartezeit bis zur Ankunft von „Neuigkeiten“ angesehen, die die Präferenzen bezüglich der verschiedenen Zustände beeinflußt. Eine Entscheidung zwischen den Zuständen wird zu jeden Zeitpunkt getroffen, zu dem die Information eintrifft (Seite 98). Das (stochastische) Intervall zwischen zwei Entscheidungszeitpunkten ist also die Zufallskomponente.

Besonders empfehlenswert als Lektüre für diejenigen, die in den Modellen dieses Buches nicht so bewandert sind, ist der Artikel von Weiner, der trotz der Kürze sowohl über die Methode als auch über die Daten ausführlich und verständlich referiert, statt großmutig und herablassend auf „companion papers“ oder andere, teilweise unzugängliche Diskussionspapiere zu verweisen. So erfährt man in dieser Arbeit, die die Arbeitsmarktchancen von Weißen und Farbigen in den USA vergleicht, einmal kurz und prägnant, welchen Restriktionen die üblicherweise in ökonometri-

* Im deutschen Sprachgebrauch der Stichprobentheorie spricht man in diesem Zusammenhang auch von *endogener Schichtung*.

schen Modellen verwendeten Ansätze unterliegen (z. B. Monotone Hazard-Rate), ferner wird auf die Problematik der DIME/SIME-Daten hingewiesen, in denen hauptsächlich Personen mit geringen Arbeitseinkommen erfaßt werden.

Jovanovic betrachtet ein Job-Matching-Modell, *Lundberg* geht auf das Arbeitsangebot eines Haushalts (mit mehreren potentiellen Arbeitsanbietern) ein, und *Darbarade* stellt ein recht abstraktes Modell für die Rekrutierungsstrategien von Firmen vor. *Holmlund* untersucht den Einfluß erwarteter Lohnzuwächse und die Mobilität von Arbeitnehmern einerseits sowie den Einfluß der Mobilität auf die tatsächlichen Lohnzuwächse mit Hilfe eines Tobitmodells. *Andersen* gibt eine Übersicht über die Theorie der Zählprozesse und ihre Anwendbarkeit in der Arbeitsmarktforschung.

Dringend abzuraten ist von der Lektüre der Arbeit von *Burdett, Kiefer, Mortensen und Neumann*: Die Arbeit strotzt von Druckfehlern, alle im Text erwähnten Abbildungen und Tabellen fehlen, und Seite 86 wiederholt den Inhalt von Seite 84. Wer auf den Beitrag dieser Autoren nicht verzichten will, sollte *Review of Economic Studies* LI (1984) aufschlagen. Dort wird die „fertige“ Version präsentiert.

Schließlich noch ein paar Worte zu den empirisch deskriptiv orientierten Arbeiten: *Leighton und Gustafson* geben eine sehr ausführliche und lesbare Beschreibung der Arbeitsmarktsituation und deren Beeinflussung durch die Arbeitsmarktpolitik in Schweden seit 1970. *Spieker* gibt eine kurze Beschreibung der dänischen Datenquellen, insbesondere der verwendeten Klassifikationen, während *Westergård-Nielsen* eine empirische Analyse dieser Daten gibt. Ein Zusammenhang mit den theoretischen, oben erwähnten Arbeiten besteht jedoch, wie bereits erwähnt, nicht.

Insgesamt gesehen bietet der sowohl inhaltlich als auch qualitativ recht heterogene Band vor allem dem Spezialisten Interessantes, während der nicht ökonometrisch-statistisch vorgebildete Leser sich auf die Lektüre der Resumées in den einzelnen Arbeiten beschränken sollte.

G. Ronning, Konstanz

Krelle, W. / Elixmann, D. / Joerg, H. / Kreuer, H. / Sarrazin, H. T.: Der „Maschinenbeitrag“. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen alternativer Bemessungsgrundlagen für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1985. XIX, 351 S. DM 78,-.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellten die genannten Autoren unter Leitung von *Wilhelm Krelle* ein Gutachten zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Umstellung der lohnbezogenen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung auf alternative, auch die Wertschöpfung des Produktionsfaktors Kapital berücksichtigende Bemessungsgrundlagen („Maschinenbeitrag“). Das Gutachten wurde der Öffentlichkeit im Januar 1985 vorgelegt. Kurze Zeit vorher war ein im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger von W. Schmähl, K.-D. Henke und H. M. Schellhaß verfaßtes Gutachten zu derselben Frage erschienen (Änderung der Beitragsfinanzierung in der Rentenversicherung? Ökonomische Wirkungen des „Maschinenbeitrags“).

Bekanntlich wird für die Einführung eines „Maschinenbeitrags“ seit 1979 vor allem vom damaligen Arbeitsminister Herbert Ehrenberg und seiner damaligen Staatssekretärin, Anke Fuchs, geworben. Die Zahl wissenschaftlicher Befürworter für diese Art Sozialversicherungsreform war und blieb gering. Anlaß für die Wiedergeburt dieser schon Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre unter wettbewerbspolitischen

Aspekten – wenn auch weniger umfassend, weniger systematisch und nicht empirisch abgesichert – diskutierten Idee waren die nach der Wachstumsverlangsamung und dem Beschäftigungseinbruch der Jahre nach 1973 besonders prekär gewordene Finanzlage der Rentenversicherung und die für die Jahre nach 1990 absehbaren, aus der Erhöhung des Rentenlastquotienten resultierenden langfristigen Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung. Die Befürworter eines wertschöpfungsorientierten Sozialversicherungsbeitrags erwarten von einer solchen Änderung sowohl eine größere fiskalische Ergiebigkeit als auch eine Erhöhung der Beschäftigung. Da einer Ablösung des lohnbezogenen Sozialversicherungsbeitrags der Arbeitgeber durch einen wertschöpfungsorientierten Arbeitgeberbeitrag für die Qualität und für die Leistungsfähigkeit des Sozialversicherungssystems grundlegende Bedeutung zu kommt, ist es nur zu begrüßen, daß dieses Problem wissenschaftlich durch zwei breit angelegte Gutachten durchleuchtet wurde.

Im Teil I ihrer 351 Seiten umfassenden Veröffentlichung geben Krelle und Mitarbeiter eine Gesamtübersicht über Inhalt und Ergebnisse ihrer Arbeit. In dem mit „Darstellung des Problemzusammenhangs, kritische Würdigung bisheriger Stellungnahmen und Eingrenzung der Untersuchung“ überschriebenen Teil II wird zunächst die Diskussion alternativer Beitragsbemessungsgrundlagen seit 1957 in ihren wesentlichen Inhalten nachgezeichnet. Diese Darstellung ist nach Wettbewerbs- und Strukturwirkungen, Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen, Aufkommensergiebigkeit und -stetigkeit, Preiswirkungen, rechtlichen und sozialversicherungssystematischen Aspekten einer Umstellung der Bemessungsgrundlagen sowie möglichen Abgrenzungen alternativer Bemessungsgrundlagen sehr übersichtlich geordnet. Sodann werden zur Erfassung und Verdeutlichung des Standes des problemrelevanten empirischen Wissens einige empirische Arbeiten referiert und bewertet, u. a. die erwähnte Untersuchung von Schmähl, Henke und Schellhaß. Die Beurteilung dieser Arbeiten führt zu dem Ergebnis, daß sie trotz spezifischer Verdienste teils wegen ihres partialanalytischen, komparativ-statischen Charakters, teils wegen unzureichender Untergliederung der verwendeten makroökonomischen Modelle, teils wegen sehr spezieller Annahmen in bezug auf ihren empirischen Gehalt unzulänglich sind und keine gesicherten Erkenntnisse über die ökonomischen Wirkungen eines „Maschinenbeitrags“ liefern.

In Teil III werden „Lohnbezogene versus wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlagen in langfristiger Sicht“ analysiert. Im Rahmen eines modifizierten neoklassischen Wachstumsmodells, das die Sozialversicherung und die Gebietskörperschaften berücksichtigt und verschiedenen Einkommensarten verschiedene Sparquoten zuordnet, wird abgeleitet, daß die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf eine wertschöpfungsbezogene Bemessungsgrundlage die Kapitalakkumulation beeinträchtigt, daß aus der Verringerung der Kapital-Arbeitsrelation ein verringertes Sozialproduktsniveau, ein niedrigeres Reallohniveau und ein steigendes Realzinsniveau folgt, und daß sich die Einkommensverteilung, wenn überhaupt, zu ungunsten der Arbeitseinkommen verändert. Ein Maschinenbeitrag würde den Lebensstandard künftiger Generationen beeinträchtigen.

Teil IV schließlich enthält eine „Empirische Analyse mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland“. Diese Analyse hat die Aufgabe, die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen einer Beitragsumstellung auf Wirtschaftswachstum, Investitionstätigkeit, Beschäftigung, Preisentwicklung sowie auf öffentliche und Sozialversicherungshaushalte in einem geschlossenen, dynamischen Kreislaufmodell abzuleiten. In der damit möglichen Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen und des Zeitfaktors wirtschaftlicher Entwicklung liegt ohne Zweifel der wesentliche Fortschritt gegenüber vergleichbaren Arbeiten.

Das verwendete „Bonner Modell II“ enthält – abgesehen von seinem vergleichsweise hohen Entwicklungsstand – nicht nur die wichtigsten in der Bundesrepublik gezahlten monetären Sozialleistungen, sondern auch explizit die wichtigsten Sozialversicherungseinrichtungen und ihre Geldleistungen. Mit Hilfe dieses Modells werden erstens die Wirkungen bruttowertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge ohne und mit Freibetrag, nettowertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge sowie auf Bruttolöhne und Abschreibungen bezogener Arbeitgeberbeiträge auf die Gesamtwirtschaft (Sozialproduktionsniveau, Realkapitalbildung, technischer Fortschritt, Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Preisniveau, Einkommensverteilung) und auf den Staat (Sozialversicherungseinnahmen, Staatszuschüsse an die Sozialversicherung, Staatsverschuldung) simuliert. Zweitens werden die Wirkungen eines steigenden Alterslastquotienten bei lohnbezogenen Rentenversicherungsbeiträgen und bei bruttowertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträgen auf Gesamtwirtschaft und Staat simuliert und miteinander verglichen.

Teil V unterrichtet den Leser noch einmal zusammenfassend über die Hauptergebnisse der Analyse. Sie lauten in der für eine Buchbesprechung gebotenen Kürze:

1. Die These von der größeren Ergiebigkeit bruttowertschöpfungsbezogener gegenüber lohnbezogenen Bemessungsgrundlagen wird nicht bestätigt, da ein Sinken der Lohnquote nicht zu erwarten ist;
2. signifikante Unterschiede zwischen beiden Bemessungsgrundlagen in bezug auf Konjunkturreagibilität und Aufkommensstetigkeit der Einnahmen sind nicht zu erwarten;
3. die mit einer aufkommensneutralen Umbasierung verbundene Änderung des Faktorpreisverhältnisses bewirkt einen tendenziellen Rückgang der Realkapitalbildung, eine geringere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze, eine Bremsung des technischen Fortschritts und (geringfügige) Wachstumseinbußen;
4. die Umbasierung der Beiträge bewirkt eine Substitution von Kapital durch Arbeit, der jedoch Nachfrageausfälle durch einen Investitionsrückgang gegenüberstehen. Eindeutige Ergebnisse sind nicht ableitbar. Die Abschätzung der Nettobeschäftigungseffekte führt zu dem Ergebnis, daß die positiven Effekte zwar überwiegen, aber insgesamt sehr niedrig sind;
5. in bezug auf die Auswirkungen einer Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf die sektorale Wirtschaftsstruktur konnten bisher keine zuverlässigen Ergebnisse erzielt werden. Hier sind – ebenso wie zu den Beschäftigungswirkungen – weitere Untersuchungen notwendig.

Das Fazit des Gutachtens: aus ökonomischen Gründen erscheint eine Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge nicht angebracht. Die Ergebnisse der Analyse sprechen für eine Beibehaltung eines Systems lohnbezogener Arbeitgeberbeiträge. Daneben halten die Gutachter „die vorgebrachten verfassungsrechtlichen und sozialversicherungssystematischen Bedenken gegen eine Neuregelung der Arbeitgeberbeiträge für gewichtig“ (S. 342).

Der Rezensent war etwas erstaunt, dieses verfassungs- bzw. ordnungspolitische Argument in den Schlußfolgerungen (S. 17) und in der Gesamtbeurteilung (S. 342) fast gleichgewichtig neben den ökonomischen Gründen für eine Ablehnung der „Maschinensteuer“ zu finden, weil die verfassungs- und ordnungspolitische Problematik einer Umstellung der Beitragsbemessungsgrundlage nur auf wenigen Seiten (S. 65 bis 71) und auf einer relativ schmalen Literaturbasis abgehandelt wird. In der Arbeit von Schmähl, Henke und Schellhaß sind diese Aspekte etwas ausführlicher dargestellt (sie verdienen m. E. allgemein mehr Beachtung; das gilt vor allem für die Gefahr, daß

eine weitere Aushöhlung der Selbstverwaltung das System der sozialen Sicherung in noch höherem Maße zu einem Instrument kurzfristig und wahlaktisch ausgerichteter Parteipolitik macht). Für beide Gutachten gilt jedoch, daß sie primär die ökonomischen Wirkungen zu analysieren hatten. Den wissenschaftlichen Anforderungen, die die Bewältigung dieser hochkomplexen Aufgabe stellt, wurde die von Krelle geleitete Arbeitsgruppe in einem Maße gerecht, das kaum Wünsche offenläßt. Die Arbeit ist durchgängig übersichtlich aufgebaut und gut lesbar. Es wird ausführlich, detailliert und präzise argumentiert. Erfreulich ist die sorgfältige Darstellung und abwägende Bewertung wichtiger einschlägiger Arbeiten im Teil II, beeindruckend das theoretische Fundament der Ableitungen, vor allem für die Simulationsrechnungen des IV. Teiles. Das Gutachten zeigt deutlicher als andere Arbeiten und überzeugend, daß eine Beitragsumstellung die Erwartungen ihrer Befürworter nicht erfüllen kann.

H. Lampert, Augsburg

Schäfer, H.-B.: Landwirtschaftliche Akkumulationslasten und industrielle Entwicklung. Analyse und Beschreibung entwicklungspolitischer Optionen in dualistischen Wirtschaften. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York 1983. XVI, 345 S. DM 68,—.

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Rolle der Landwirtschaft in Frühphasen wirtschaftlicher Entwicklung. Während man viele der zu diesem Thema in jüngster Zeit erschienenen Publikationen rasch wieder aus der Hand legt, weil sie über die allgemeine Feststellung nicht hinausgehen, daß eine Steigerung der landwirtschaftlichen Marktpproduktion Voraussetzung des Industrialisierungsprozesses ist, wird man dieses Buch auch einige Jahre nach seinem Erscheinen wiederholt aufschlagen. Was die Arbeit von H.-B. Schäfer nämlich auszeichnet, sind die Details der theoretischen Analyse, das Nebeneinander von empirisch-deskriptiver Darstellung und mathematisch-formaler Ableitung sowie die Verbindung von historischem Bezug und entwicklungs-politischer Relevanz.

Ausgangspunkt der Arbeit ist das Modell einer dualistischen Volkswirtschaft, welches die Bedingungen beschreibt, unter denen in einer traditionellen Agrargesellschaft ein „moderner“ industrieller Sektor entstehen kann. Diese Bedingungen sind laut Modell besonders günstig, solange im traditionellen Sektor verdeckte Arbeitslosigkeit herrscht, Arbeitskräfte also ohne Beeinträchtigung der Agrarproduktion freigesetzt werden können. Solange das niedrige landwirtschaftliche Einkommen die Höhe des industriellen Lohnsatzes bestimmt und die Unternehmer ihre entsprechend hohen Gewinne vollständig in weitere industrielle Produktionskapazitäten investieren, resultiert hieraus ein rasches industrielles Wachstum.

Schon *Ranis* und *Fei* haben indes darauf hingewiesen, daß dieser Vorgang voraussetzt, daß die Versorgung der abgewanderten Arbeitskräfte mit Nahrungsmitteln ohne Anstieg der Agrarpreise sichergestellt ist, sei es durch Land-Stadt-Transfer der bisher in der Subsistenz verbrauchten Nahrungsmittel oder durch Importe. Schließt man den kommerziellen Import aus Gründen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit aus, so wird der vermarktbares agrarische Überschuß zu einer Schlüsselgröße für den Erfolg der Industrialisierung. Trifft entweder die Annahme verdeckter Arbeitslosigkeit nicht zu oder steigert die Agrarbevölkerung ihren Eigenkonsum rascher als die Produktion, so verringert sich der vermarktbares Überschuß im Gefolge der Land-Stadt-Wanderung. Es kommt zu einem Anstieg der Agrarpreise, erhöhten industriellen Lohnstückkosten und verlangsamtem industriellen Wachstum (Terms-of-trade-Falle).

In dieser Situation sehen sich Regierungen vor die Entscheidung gestellt, die Stagnation des industriellen Wachstums zunächst zu tolerieren oder, etwa durch eine Politik niedriger Agrarpreise in Verbindung mit Ablieferungszwängen, die Terms-of-trade-Falle zu Lasten der Landwirtschaft, möglicherweise gar unter Hinnahme rückläufiger Agrarproduktion, in Kauf zu nehmen.

In den ersten Abschnitten des Buches beleuchtet der Autor eine Vielzahl von Kausalstrukturen dieses dualistischen Modells im Detail. Dabei ruft er unter Bezugnahme auf die umfangreiche Literatur zu diesem Thema einige interessante Aussagen in Erinnerung, so z. B. jene

- daß in einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft aufgrund der flexiblen Arbeitszeitgestaltung selbst dann verdeckte Arbeitslosigkeit vorliegen kann, wenn die Grenzproduktivität der Arbeit, wie vielfach festgestellt, positiv ist; oder jene,
- daß verdeckte Arbeitslosigkeit bei Vorliegen besonderer vorkapitalistischer Formen der Arbeitsverfassung keineswegs eine unendlich elastische Arbeitsangebotsfunktion des traditionellen Sektors implizieren muß; und schließlich jene
- daß innerhalb des Spektrums typologisierter Agrarverfassungen in einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft der vermarktbare Überschuß in der Regel geringer ausfallen wird als in einer „Großgrundbesitzerwirtschaft“ oder gar in einer kollektivierten Landwirtschaft, weil in ersterer die durch Abwanderung ebenso wie durch landwirtschaftlich-technische Fortschritte ermöglichten Einkommenssteigerungen eine oftmals sehr elastische Erhöhung des Eigenverbrauchs auslösen.

Vor dem Hintergrund derart gravierender Probleme eines autonomen Industrialisierungsprozesses in Frühphasen wirtschaftlicher Entwicklung und angesichts der dennoch bei vielen Regierungen vorhandenen Prioritäten für eine rasche Industrialisierung ist es konsequent, daß sich Schäfer im folgenden der Rolle des Staates widmet. Dabei geht er den Weg einer dogmengeschichtlichen Betrachtung, beginnend mit der Auseinandersetzung zwischen Merkantilisten und Physiokraten über die berühmte sowjetische Industrialisierungsdebatte zwischen Preobrazhensky und Bucharin bis zur wohlfahrtstheoretischen Bewertung von Preisverzerrungen. Den Abschnitt über die entwicklungstheoretischen Schlüssefolgerungen aus dem Streit zwischen Merkantilisten und Physiokraten möchte man jenen Verantwortlichen in Entwicklungsländern zur Lektüre empfehlen, die mit ihrer Wirtschaftspolitik nach wie vor an der Diskriminierung des ländlichen Raumes festhalten. Man möchte ihn aber auch jenen zur Kenntnis geben, die mit ihrer Forderung, den Agrarbereich und den ländlichen Raum stärker zu fördern, Originalität beanspruchen, ohne sich bewußt zu sein, daß sie eine physiokratische Wende propagieren, die zahlreiche historische Bezüge aufweist.

Der Vorteil einer praktischen Durchsetzung dieser Wende läßt sich indes nicht allein am theoretischen Modell ablesen. Schäfer präsentiert daher Berechnungen des Ausmaßes der auf staatliche Interventionen zurückzuführenden Preisverzerrungen für eine Vielzahl von Ländern. Darüber hinaus wertet er vorliegende Schätzungen von Preiselastizitäten aus, die ihn zu der Aussage veranlassen, daß die Preisreagibilität sowohl der Produktion als auch des Angebots an Agrarprodukten „klein, aber positiv“ ist. Zu Recht gelangt er zur Schlüssefolgerung: „Entwicklungsökonomie, die zur Anhebung des agrarischen Überschusses die Agrarproduktion steigern muß, ist daher schlecht beraten, sich auf eine Verbesserung der Terms-of-trade zugunsten der Landwirtschaft allein zu verlassen“ (S. 205). Sie muß ein ebenso großes Gewicht auf Kapitalbildung und Innovationen legen.

Die Frage nach den Gründen, warum merkantilistische Politiken in vielen Entwicklungsländern so hartnäckig durchgehalten werden, obwohl die Nachteile für eine

nachhaltige Entwicklung so offensichtlich sind, lässt sich wohl kaum mit den Hypothesen des dualistischen Modells erklären, sondern liegt begründet in der Existenz widerstreitender Interessen und Machtpositionen. Schäfer greift auch diesen Aspekt politischer Ökonomie auf und analysiert einige der wichtigsten Interessenkoalitionen, die letztlich für den „urban bias“ (*Lipton*) in der Politik verantwortlich sein mögen.

Das Buch wird abgeschlossen mit fünf Länder-Fallstudien, die jeweils unterschiedliche Industrialisierungsstrategien veranschaulichen sollen. Am Beispiel Japans wird der Fall einer letztlich erfolgreichen Industrialisierung demonstriert, wobei der Schlüssel zur Erklärung wohl in der Kombination einer die Landwirtschaft zunächst sehr belastenden Bodensteuer mit einer sehr innovationsträchtigen Forschungs- und Beratungskonzeption zu finden sein dürfte.

In der zweiten Fallstudie wird dann die forcierte Industrialisierung in der Sowjetunion während der 20er Jahre beschrieben. Zentrales Instrument war in diesem Fall die Kollektivierung der Landwirtschaft, deren wichtigste Funktion darin bestand, den Ressourcentransfer durch eine rigoros praktizierte Politik von Ablieferungszwängen zu Niedrigpreisen zu realisieren. Im Unterschied zu Japan suchte die sowjetische Agrarpolitik nicht die Produktion, sondern lediglich die Überschüsse zu steigern – mit der Konsequenz einer dramatischen Verelendung großer Teile der Landbevölkerung.

Die weiteren Beispiele beziehen sich auf Argentinien unter Peron, Indien während der 60er Jahre und China (1950 - 1980). In jeder Studie wird ein anderer entwicklungspolitisch interessanter Aspekt beleuchtet: in Argentinien die trotz drastischer administrativer Manipulation der inneren Terms-of-trade zugunsten der Industrie mißlungene Strategie gesamtwirtschaftlichen Wachstums; in Indien die Wirksamkeit der Terms-of-trade-Falle und im Falle Chinas die unstete Abfolge ideologisch bedingter Strategiewechsel, beginnend mit der forcierten Industrialisierung sowjetischen Typs zu Anfang der 50er Jahre, gefolgt vom letztlich erfolglosen Versuch einer dorforientierten Entwicklungsstrategie („großer Sprung nach vorn“) bis hin zur gezielten Förderung des Agrarsektors seit Beginn der 60er Jahre, immerhin mit der Konsequenz jährlicher Wachstumsraten der Agrarproduktion von 3 - 4 %.

Das Besondere an Schäfers Buch liegt weder im empirischen Bezug zur agrarwirtschaftlichen Situation der Entwicklungsländer noch in der Entscheidungshilfe für wirtschafts- und agrarpolitisches Handeln. Was es auszeichnet, ist neben der formal-theoretischen Analyse die Einordnung wirtschaftlicher Vorgänge in den historisch-politischen Zusammenhang. Dem Buch sind viele entwicklungspolitisch interessierte Leser zu wünschen.

H. de Haen, Göttingen

Köhler, Claus: *Geldwirtschaft*. Dritter Band: Wirtschaftspolitische Ziele und wirtschaftspolitische Strategie. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1983. XV, 270 S. Ln. DM 56,—.

Die „Geldwirtschaft“ von Claus Köhler, ehemals Professor in Hannover und heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, ist mit dem dritten Band zu einer Trilogie erweitert worden, die über den Bereich der monetären Analyse erheblich hinausgreift. Die beiden bereits früher vorgelegten Bände befaßten sich mit Fragen der Geldversorgung einer Volkswirtschaft und der Kreditpolitik (Bd. I) sowie Zahlungsbilanz-, Wechselkurs- und internationalen Währungsproblemen (Bd. II).

Anliegen des dritten Teils der „Geldwirtschaft“ ist es, die Geld- und Kreditpolitik in ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einzuordnen, in dem sich neben der Politik der Notenbank auch die Finanzpolitik, die Einkommenspolitik der Tarifpartner und die Preispolitik der Unternehmen „strategiegerecht“ vollziehen sollen. Köhlers neues Buch ist damit eher ein – durchaus unkonventioneller – Beitrag zur Lehre von der Stabilisierungspolitik im allgemeinen als zur Geldlehre im besonderen; gleichwohl bildet es einen konsequenten Abschluß seines Gesamtwerkes.

Wie der Untertitel andeutet, ist der Band in zwei große Teile gegliedert. Der erste ist der Diskussion der wirtschaftspolitischen Ziele gewidmet. Köhler beschränkt sich hier auf die vier stabilisierungspolitischen Ziele Preisniveaustabilität, Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, die er als „wirtschaftspolitische Grundforderungen“ (S. 7) betrachtet. Demgegenüber klammert er das Verteilungsziel aus einer Betrachtungen aus, weil es nur schwer zu operationalisieren und zudem nicht gleichzeitig mit den vier anderen zu verwirklichen sei. Bei der Diskussion der Stabilisierungsziele geht der Verfasser stark in die Details der Zieldefinition und der Beschreibung möglicher Fehlentwicklungen, wobei einige vermeidbare Wiederholungen entstehen; dennoch ist die Lektüre dieser Abschnitte – nicht zuletzt wegen Köhlers Fähigkeit, zugleich wohltuend einfach, realitätsnah und dabei doch außerordentlich präzise zu formulieren – lehrreich und anregend. Allerdings weicht die Terminologie beim Ziel Wirtschaftswachstum vom üblichen wissenschaftlichen Sprachgebrauch insofern ab, als darunter bei Köhler indirekt auch Beschäftigungsaspekte i.w.S. erfaßt werden (S. 49, 63, 88, 115, 135). Daraus resultiert eine gewisse Vermischung von konjunkturpolitischen und wachstumspolitischen Fragen, die aber wohl beabsichtigt ist, da es Köhler letztlich um eine umfassende potentialorientierte Verstetigungsstrategie „aus einem Guß“ geht.

Den Entwurf dieser Strategie stellt er im zweiten Teil des Buches vor. Neben der bereits 1971 vom Verfasser konzipierten „potentialorientierten Kreditpolitik“ gehört hierzu vor allem eine „potentialorientierte Finanzpolitik“, die Köhler im wesentlichen in einer Steigerungsrate der öffentlichen Ausgaben verwirklicht sieht, die der anzustrebenden Zunahme der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage entspricht (S. 194). Hinzu kommen müssen jedoch eine strategiegerechte Einkommenspolitik der Sozialpartner (S. 201ff.) und eine ebensolche Preispolitik der Unternehmen (S. 211ff.). Grundlage der für alle Beteiligten entwickelten Regeln ist die Orientierung an dem Prinzip, daß die Wirtschaftspolitik „die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage den Angebotsmöglichkeiten anzupassen“ habe (S. 127); dadurch würde Fehlentwicklungen nicht erst nach ihrem Auftreten in der „Fehlentwicklungsphase“ begegnet, sondern bereits in der „Gefährdungsphase“ vorgebeugt. Köhler zeigt sich hier als ein ‚aufgeklärter‘ Nachfrage-theoretiker, der anstelle einer antizyklischen diskretionären Nachfragersteuerung eine mittelfristig orientierte Strategie fordert, die gleichwohl keinen Regelmechanismus darstellt. Darüber hinaus werden partiell auch Überlegungen zur (globalen) „Angebotssteuerung“ einbezogen, doch wird eine solche eng im Sinne einer Politik verstanden, die darauf abzielt, „die Gewinnlage der Unternehmen zu verbessern und auf diese Weise Investitionen zu stimulieren“ (S. 134); mit den aktuellen Debatten über Möglichkeiten und Grenzen der Angebotspolitik deutscher Prägung bzw. supply-side economics amerikanischer Provenienz hat Köhlers Angebotssteuerung daher wenig gemeinsam.

Die potentialorientierte Wirtschaftspolitik, wie der Verfasser sie konzipiert, steht einer „Prioritätenstrategie“ ebenso fern wie einer monetaristischen Regelbindung. Die erstere dieser „strategischen Alternativen“ (S. 234ff.) birgt nach Köhler zwangsläufig das Risiko, Fehlentwicklungen zu verschärfen statt zu mildern; die letztere erscheint ihm als allzu realitätsfern und damit in ihren Konsequenzen inadäquat.

Auch Köhlers Empfehlungen werden nun sicher auf manchen Widerspruch stoßen. Insbesondere die weitgehende Fixierung der Wirtschaftspolitik auf eine Nachfragesteuerung liegt wohl kaum ‚im Trend‘ der derzeitigen Diskussion. Ohne Zweifel ist aber die Lektüre von Köhlers drittem Band auch für denjenigen höchst lesenswert, der den Schlußfolgerungen des Autors nicht zuzustimmen vermag.

R. Caesar, Bochum

Seidl, Christian (Hrsg.): Lectures on Schumpeterian Economics. Schumpeter Centenary Memorial Lectures Graz 1983. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1984. X, 219 S. Geb. DM 58,-.

Das Jahr 1983 ist bekanntlich mit einer Reihe von bedeutsamen Symposien über Marx, Keynes und Schumpeter bedacht worden. Aber während Marx und Keynes kaum wiederentdeckt zu werden brauchten, muß man im Falle Schumpeters von einer Renaissance seines beinahe in Vergessenheit geratenen Opus sprechen. Eines der ergiebigsten wissenschaftlichen Gespräche dieser Art ist die im Spätherbst 1983 in Graz abgehaltene Gedenkfeier für den ehemaligen Grazer Ordinarius für Nationalökonomie, Josef Alois Schumpeter, gewesen. Sieben Sozialwissenschaftler*, die heute in Graz lehren oder der dortigen Universität nahestehen, unterzogen das imposante Lebenswerk Schumpeters einer gründlichen Analyse und versuchten, die Relevanz und Aktualität seiner wichtigsten Thesen durch den häufigen Verweis auf das gegenwärtige Krisensyndrom zu demonstrieren.

Es ist natürlich unmöglich, im Rahmen einer kurzen Buchbesprechung allen Beiträgen dieses mehr als 200 Seiten umfassenden und dicht geschriebenen Buches gerecht zu werden. Die Auswahl unter den Aufsätzen entspricht, wie ich selbstkritisch feststellen muß, meinen eigenen – subjektivistischen und vielleicht auch idiosynkratischen – Interessen. Aber um allen Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich gleich zu Anfang festhalten, daß das von Christian Seidl mit Sorgfalt edierte Buch dem Rezensenten – der sich als persönlicher Schüler Schumpeters bezeichnen darf – so manche neue Einblicke in bisher vernachlässigte Aspekte des Schumpeterschen Lebenswerks vermittelt hat.

Einen zentralen Platz in dieser Aufsatzerie nimmt m. E. ein Beitrag von Christian Seidl ein: „Schumpeter versus Keynes: Supply Side Economics or Demand Management.“ (S. 139 - 151) Seidl resumiert zunächst die wichtigsten Thesen Keynes' aus der „General Theory of Employment, Interest, and Money“ und stellt diesen einige der gravierendsten kritischen Einwände Schumpeters gegenüber: Dieser steht dem System der komparativen Statik, das mit homogenen Aggregaten operiert mit Skepsis, ja offener Ablehnung gegenüber, da dieses alle systemverändernde Phänomene außer Betracht läßt, die für den kapitalistischen Produktionsprozeß charakteristisch sind. In einer keynesianischen Welt mit einer gegebenen Technologie ist kein Platz für einen Schumpeterschen Entrepreneur, der die Entwicklung des Kapitalismus vorantreiben könnte. Schumpeter stellt den Zusammenhang zwischen Innovation und Investition in den Mittelpunkt seiner Analyse und folgert, daß Investitionsentscheidung und Sparbildung nicht als voneinander unabhängige Variable behandelt werden dürfen. Ein Gleichgewichtszustand auf einem Niveau der Unterbeschäftigung könne nur dann von Dauer sein, wenn die wichtigsten Parameter des Systems,

* Die sieben Sozialwissenschaftler sind: Karl Acham, Lutz Beinsen, Peter Hammond, Peter Schachner-Blazizek, Christian Seidl, Peter Swoboda, Gunther Tichy.

nämlich Löhne, Preise und Zinssätze zum Spielball politischer Interessen werden. Schumpeter, der, wie Seidl zu Recht betont, auf dem Boden der klassischen Theorie und des Gesetzes von den Absatzwegen des Franzosen J. B. Say steht, hat so für die „ordnende“ Hand des Staates, der – einem *deus ex machina* gleich – die Akteure auf den tugendhaften Pfad der Vollbeschäftigung zurückführt, nur wenig Verständnis.

Seidl schließt nach Anstellung dieser und ähnlicher Überlegungen, daß Schumpeter heute ein glühender Vertreter der angebotsorientierten Ökonomie („ardent supply-side economist“) wäre. Seidl ist sicherlich zuzustimmen, wenn er damit der Meinung Ausdruck geben will, daß Schumpeter die chronischen Gleichgewichtsstörungen des kapitalistischen Produktionsprozesses hauptsächlich aus der sporadisch auftretenden, innovatorischen Tätigkeit des Unternehmers ableitet. Bedeutet dies, daß sich Schumpeter heute den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der angebotsorientierten Ökonomie anschließen würde? Ich bin nicht so sicher, daß die Herren Laffer & Comp. Schumpeter so ohne weiteres vor ihren Karren spannen könnten. Und dies vornehmlich aus zwei Gründen: Erstens hat Schumpeter immer davon gewarnt, einen *direkten* Konnex zwischen rein theoretischen Erwägungen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen herzustellen; und zweitens dürfte Schumpeter die lange Konjunkturwelle 1945 - 1975 nicht als eine primär von der keynesianischen Wirtschaftspolitik stimulierte Phase der Wirtschaftsgeschichte gesehen haben, im Gegensatz zu Seidl, der auf Seite 150 von „more than three decades of incessant Keynesian economic policy“ spricht. So manches spricht dafür, Schumpeter den wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Jahre 1945 kräftigen Innovationsschüben zugeschrieben und der antizyklischen Wirtschaftspolitik nur einen sekundären Stellenwert eingeräumt hätte. Aber natürlich ist keiner von uns befugt, sozusagen stellvertretend für Schumpeter autoritative Meinungen abzugeben.

Der Aufsatz von Karl Acham „Schumpeter – the Sociologist“ (S. 155 - 172) schließt sich organisch an den soeben zitierten von Seidl an. Während Seidl die „verwandtschaftliche“ Beziehung Schumpeters zu Karl Marx begatellisiert, widmet Acham diesem Verhältnis breitesten Raum. In der Tat, ist die Quintessenz des Schumpeterschen Systems kaum zu verstehen, ohne seiner pointiert antithetischen Beziehung zum Marxismus gerecht zu werden. Acham verweist zu Anfang seines Beitrages auf eine Stelle in Schumpeters „History of Economic Analysis“, worin dieser die wachsende Entfremdung zwischen Ökonomie und Soziologie beklagt. Acham nennt Schumpeter, dessen theoretisches Gebäude auf Marx, Pareto und Max Weber aufbaut, „one of the great inspirers of sociological thinking“. Ähnlich wie Marx glaubte auch Schumpeter, daß der ideologische „bias“ ein bestimmendes Moment der Entstehungsgeschichte der modernen Sozialwissenschaft sei. Aber Schumpeter meint, daß auch das Marxsche System ein gutes Stück ideologischen Gepäcks mit sich führe. Wichtiger jedoch mag der Einwand sein, daß die Marxsche Schule den vorwissenschaftlichen kognitiven Charakter der Ideologiebildung verkenne. Es mag sein, schreibt Schumpeter in einem seiner soziologischen Aufsätze, daß wir infolge unserer ideologischen Befangenheit nur langsam vorankommen, aber wir kämen ohne diese vielleicht gar nicht von der Stelle.

Schumpeter hat sich bekanntlich Zeit seines Lebens mit dem Klassenphänomen beschäftigt, welches er in Anlehnung an Pareto auf individuelle Eignungsdifferenzen und auf deren Verfestigung in Familienverbänden zurückführt. Aber der Motor des gesellschaftlichen Wandels ist nicht in der Herausforderung der alten Eliten durch neue zu suchen, wie dies Pareto annimmt, sondern in der Obsoletheit der unternehmerischen Funktion, bedingt durch die Ablöse des kleinen Unternehmers durch den Mammakonzern, der die innovatorische Funktion kollektiviert. Ich komme damit zu einem Thema, das man den „roten Faden“ dieses interessanten Buches bezeichnen

könnte, da es in vielen der darin enthaltenen Aufsätze anklingt. Das kapitalistische System ist nach Meinung Schumpeters eine effiziente und wachstumsträchtige Produktionsweise. Soferne sie heute gefährdet erscheint, stammt diese Bedrohung aus der Sphäre des „Überbaues“, aus soziologischen, massenpsychologischen und institutionellen Bruchstellen der Entwicklung. Unter diesen Faktoren scheint der wichtigste die allmähliche „Euthanasie“ des schöpferischen Unternehmers zu sein, der von den großen Apparaten (den „Technostrukturen“) der Konzerne seiner historischen Funktion beraubt wird.

Robert Heilbronner hat darauf hingewiesen, daß Schumpeter der erste unter den großen Ökonomen war, der das Ende des Kapitalismus einer nicht – ökonomischen Ursache zuschrieb. Acham wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob Schumpeter als „historischer Determinist“ zu betrachten sei. Aber dieser war sich zweifellos darüber im klaren, daß die „zwingende“ Logik eines großen gedanklichen Gebäudes durch die Macht des Faktischen negiert werden kann. Acham glaubt, daß diese Beobachtung auf Marxens Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate ebenso zutrifft wie auf Schumpeters Euthanasie des Unternehmers. In der Tat, auch der Mammutkonzern scheint dem Schumpeterschen Entrepreneur noch nicht das Los des Dinosauriers bereitet zu haben.

Wie bereits erwähnt, ist der Kapitalismus in Schumpeterscher Sicht ein funktions tüchtiges und erfolgreiches Wirtschaftssystem. Die periodisch auftretende Wirtschaftskrise ist, wie *Gunther Tichy* in seinem Aufsatz „Schumpeter's Business Cycle Theory“ (S. 77 - 88) zu Recht feststellt, nicht als Phänomen „an sich“ zu werten, sondern als integrierender Bestandteil des kapitalistischen Wachstumsprozesses. Schumpeters voluminoses Werk „Business Cycles“ ist so primär eine Untersuchung der kausalen Zusammenhänge dieses Prozesses, die er mit Hilfe theoretischer, historischer und statistischer Methoden zu bewältigen versucht. Tichy verweist auf drei kritische Elemente der Schumpeterschen Theorie: Das Equilibrium – Konzept, die dominierende Rolle der Innovation und den monokausalen Ansatz dieses Erklärungsmodells.

Der gewichtigste Einwand Tichys ist wohl der, daß Schumpeter Konjunkturzyklen von so unterschiedlicher Dauer wie den 40-monatelangen Kitchinzyklus, den 10-jährigen Juglar und den 60-jährigen Kondratieff mit dem gleichen Modell – nämlich der destabilisierenden Einwirkung von Innovationsschüben auf einen Gleichgewichtszustand – in den Griff zu bekommen versuchte. Aber Tichy ist es nicht unbekannt, daß Schumpeter seinem Erklärungsansatz nicht unkritisch gegenüberstand. Da er der Meinung war, daß das zeitliche Auftreten von Innovationen unbestimmt sei, da sie sowohl deterministischen als auch stochasticen Charakter besitzen, kommt er zu dem – kaum überraschenden – Schluß, daß der Kondratieff-Zyklus mit den für diesen charakteristischen sechs Juglars und 18 Kitchens ein empirisches Phänomen sei. Erstaunlicherweise scheint der jüngste Kondratieff, der noch Ende des Zweiten Weltkriegs seinen Anfang nahm, einen ähnlichen zeitlichen Ablauf zu nehmen wie seine drei Vorgänger.

Ein zweiter, vielleicht ebenso gravierender Vorwurf Tichys ist der, daß es Schumpeter nicht gelungen sei, den Walras'schen Zustand des Gleichgewichts in sein dynamisches Modell einzubauen. Aber Schumpeter, der sich gegenüber sachlicher Kritik immer aufgeschlossen zeigte, hätte diesen Einwand kaum zurückgewiesen, da er ja seinem Modell nicht mehr als einen gewissen Näherungswert zubilligte. Die Realität war, wie Schumpeter nur allzu gut wußte, komplizierter als jedes noch so hochgestochene Modell. Und so schrieb er in den „Business Cycles“ – und so dozierte er auch in seinen Vorlesungen – über das „chronic disequilibrium of reality“.

Schumpeters hauptsächlicher Ehrgeiz bestand darin, für die weitere Wachstums- und Konjunkturforschung brauchbare Anregungen zu hinterlassen. Tichy verweist auf so manche dieser nützlichen Vorschläge für die spätere Forschung: Methodenpluralität, Ansätze für eine Theorie der Erwartung, Nicht-Homogenität von Aggregaten, Ansätze für eine Theorie der Innovationen und der Diffusion von Innovationen usw. Tichy ist sicherlich zuzustimmen, wenn er am Schluß seines Aufsatzes meint, daß Schumpeters größte Errungenschaft in der einfachen Erkenntnis besteht, daß das wirtschaftliche Bewegungsgesetz nichts anderes ist als die unvermeidliche endogene Störung des Gleichgewichts und die permanente Tendenz der Rückkehr zu diesem Zustand.

Da ich nun an die Grenzen des mir verfügbaren Raumes stoße, kann ich auf die weiteren in diesem Band veröffentlichten Aufsätze nur noch summarisch eingehen. Der erste Abschnitt dieses Buches, dessen Verfasser *Peter J. Hammond* ist, behandelt die Aktualität des Schumpeterschen Ideengebäudes. Der Autor geht vor allem auf zwei Problemkreise ein, auf „Modern Welfare Economics“ und die mathematische Methode. Im zweiten Abschnitt beschäftigen sich die Autoren Peter Swoboda und Peter J. Hammond mit dem Stellenwert des Schumpeterschen Entrepreneurs in der modernen Wirtschaftstheorie. Es muß hier genügen, *Peter Swobodas* ausgewogene Schlußbetrachtung zu zitieren: „Würde man das Schumpetersche Konzept des Unternehmers aufgeben, müßte man auf ein wertvolles und adäquates Instrument zur Erfassung eines wichtigen Teils der ökonomischen Realität verzichten.“ (S. 29).

Der dritte Abschnitt enthält den von mir bereits zitierten Aufsatz von Tichy über Konjunkturzyklen, eine pointierte Analyse *Peter Schachner-Blazizeks* des Schumpeterschen „Marsch in den Sozialismus“, dem aber dieser Autor nicht vorbehaltlos zu folgen gewillt ist und schließlich einen Beitrag von Christian Seidl über die „Krise des Steuerstaates“. (Der englische Titel lautet: „The Tax State in Crisis“, S. 89 - 110.) Schumpeters „Krise des Steuerstaates“ stammt aus dem Jahre 1918, hat aber beinahe 70 Jahre später einen erstaunlich hohen Grad der Aktualität behalten. Die Schlüsselthese Schumpeters scheint mir die folgende zu sein: Die Menschen erklären sich im Prinzip mit dem Steuerstaat einverstanden, aber stellen solche Anforderungen an die Ausgabenseite des Staatshaushaltes, daß das Steueraufkommen hoffnungslos zurückbleibt. Der Steuerstaat ist so zum schließlich Zusammenbruch verurteilt. Was man in den sechziger Jahren – etwas euphemistisch – die „Revolution der wachsenden Erwartungen“ genannt hat, wurde von Schumpeter in der Notzeit des ersten Weltkriegs deutlich vorausgesehen.

In Abschnitt IV geht *Tichy* auf Schumpeters Geldtheorie ein (S. 125 - 138) und *Seidl* kontrastiert die Thesen Schumpeters mit denen seines alten „Rivalen“ *J. M. Keynes*; ich habe diesen Aufsatz, dem ein zentraler Platz in dem Sammelband zukommt, bereits zu Anfang meiner Rezension behandelt. Im V. und letzten Abschnitt dieses Buches sind drei Aufsätze zu finden: der von mir bereits ausführlich besprochene Beitrag von *Karl Acham*; eine kluge, flüssige, aber etwas zu kurz geratene Abhandlung von *Lutz Beinsen* über Schumpeter als Dogmenhistoriker; und schließlich eine Studie *Christian Seids* über den Lebensweg Schumpeters, wobei der Lehrtätigkeit Schumpeters an der Grazer Universität, eine bisher so gut wie unbekannte Lebensepisode des großen Gelehrten, besonderer Augenmerk gewidmet wird. Das Buch „*Lectures on Schumpeterian Economics*“ ist jedem zu empfehlen, der eine kenntnisreiche, stellenweise brillante, fast immer auch kritische Auseinandersetzung mit der reichen Ideenwelt von Schumpeter zu lesen wünscht.

E. März, Wien

Bauer, P. T.: *Reality and Rhetoric: Studies in the Economics of Development*. Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1984. 184 S. US-\$ 17.25.

Alle entwicklungsrechtlichen Maßnahmen der letzten 30 Jahre haben die Not und den Hunger in der Dritten Welt nicht überwinden können. So ist es verständlich, daß die gängigen ökonomischen Ansätze zur Entwicklung dieser Länder verstärkt hinterfragt werden. P. T. Bauer ist einer der schärfsten (und konservativsten) Kritiker der Entwicklungshilfepolitik. Mit dieser neuesten Publikation führt er die in seinen früheren Arbeiten eingeschlagene Linie der polemischen Kritik an den Entwicklungshilfemühungen fort. Wie der Titel schon andeutet, gibt es in der Entwicklungspolitik viel Rhetorik; dieser will er nun seine realistische Sicht des Entwicklungsprozesses gegenüberstellen.

Dieser Band enthält nun 10 seiner Arbeiten; acht davon sind schon bisher im Druck erschienen. Nur der erste und der letzte Beitrag standen dem Leser bisher nicht zur Verfügung.

Der erste Beitrag, eine überarbeitete Version der ersten „Pioneer Lectures“ der Weltbank, gibt einen Überblick seiner wesentlichen Gedanken zur Entwicklungspolitik. Entwicklung ist zu einem großen Teil das Ergebnis der “individual voluntary response of millions of people to emerging or expanding opportunities created largely by external contacts and brought to their notice in a variety of ways, primarily through the operation of the market.” (S. 5). Hierin kommen seine Überzeugungen zum Ausdruck: Entwicklung ist das Ergebnis der Motivation einzelner Gruppen; Entwicklung wird durch Auslandskontakte erleichtert; nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung können positive Entwicklungsansätze Früchte tragen. Die beobachtete niedrige Produktivität in den Entwicklungsländern ist nach Bauer hauptsächlich das Ergebnis eines Mangels an Motivation, Energie und Vermögen. Einzelne dieser Punkte werden in den späteren Kapiteln stärker entfaltet.

Sein zweiter Beitrag (Market Order and State Planning in Economic Development) beschäftigt sich mit den Möglichkeiten der Entwicklungsplanung. So zeigt er nicht nur die Erfolglosigkeit dieser staatlichen Planung auf, sondern nennt auch noch die möglichen negativen Folgen für die Gesellschaft der Entwicklungsländer: Eine stärkere Politisierung des wirtschaftlichen Lebens. Diese liegt nur im Interesse der Regierenden, weil dadurch Macht, Einfluß, Jobs und Geld für Politiker und Staatsdiener verfügbar werden. Es fällt bei der Lektüre dieses Kapitels auf, daß Bauer sich nur mit Myrdal und Baran auseinandersetzt; neuere Literatur hat er nicht verarbeitet.

Die Kapitel 3 und 4 sind den Möglichkeiten der Entwicklungshilfe gewidmet. Nach Bauer ist sie allerdings nicht die Lösung des Nord-Süd-Konflikts, sondern seine Ursache; polemisch definiert er die Dritte Welt als Entwicklungshilfe-empfangende Staaten. Er kritisiert, daß als Mißerfolg der Entwicklungshilfe nur das geringe Mittelaufkommen gewertet wird und nicht die erfolglose Mittelverwendung. Die ökonomische Leistungsbereitschaft – darauf weist er häufiger hin – hängt in hohem Maße von persönlichen, kulturellen, sozialen und politischen Faktoren ab, wobei das Motivationspotential, die Moral, sowie die Leistungsfähigkeit der gesellschaftlichen Institutionen entscheidend sind. Obgleich Bauer die Bedeutung der Minoritäten für die Entwicklung eines Landes betont, geht er in keiner Weise auf Max Webers Beobachtung und seine Relevanz für die Entwicklungsländer ein. Heftig polemisiert er gegen die Gleichmacherei, die, als Gerechtigkeit verkleidet, ständig in westlichen Publikationen gefordert wird. Ebenso bedauert er das weite Herz der Politiker des Westens, das noch den Feinden Entwicklungshilfe zukommen läßt. Letztendlich wendet er sich gegen die multinationale Hilfe und bestreitet deren größere Effektivität und fordert daher einen größeren Anteil der bilateralen Hilfe (wenn sie schon gegeben werden muß).

Einen Frontalangriff auf zwei päpstliche Dokumente, in denen zu Fragen des Nord-Süd-Problems Stellung bezogen wird, führt er mit seinem 5. Beitrag aus. Hier ärgert ihn die einfache Gleichsetzung ökonomischer Unterschiede mit Ungerechtigkeit. In Marktwirtschaften müssen Einkommen nämlich verdient und nicht verteilt werden! Die päpstlichen Aussagen seien weder theologisch noch philosophisch zu rechtfertigen; sie lassen Sachverstand vermissen und irritieren den Christenmenschen mehr als sie ihm Weisung geben. Leider ist Bauer hier zuzustimmen; je geringer der Sachverständ, desto unproblematischer kommen die Lösungen von den Kanzeln. Dieser Beitrag sollte zur Pflichtlektüre der Theologen beider Fakultäten werden. Man könnte sarkastisch (nach Mark Twain) hinzufügen: Nachdem die Kirchen ihr Ziel aus den Augen verloren haben, verdoppeln sie nun ihre Anstrengungen! Es ist beängstigend, zu sehen, mit welcher Vehemenz blauäugige Vorschläge zur Entwicklungshilfe in den Kirchen verbreitet werden.

Die Kapitel 6 - 8 beschäftigen sich mit der Entwicklung in Westafrika (vornehmlich Nigeria und Ghana). Bis 1930 habe die britische Kolonialmacht entwicklungsfördernd regiert. Im Zeitraum 1930 - 1950 seien die marktwirtschaftlichen Prinzipien verworfen worden; verstärkt habe das Kolonialamt reglementierend in die westafrikanischen Volkswirtschaften eingegriffen. Durch die erfolgte Politisierung des wirtschaftlichen Lebens ist dann die Machtbasis für die späteren Eliten vorbereitet worden. Die Kolonialpolitik der letzten Jahre hat demnach die Grundlagen für den Despotismus und die Korruption in diesen Ländern gelegt. Kapitel 7 behandelt die Industrialisierung in Nigeria von 1945 - 1966 (es handelt sich um eine Rezension eines Buches von Kilby). Kapitel 8 nimmt zur Immigrationspolitik in Britisch West-Afrika Stellung; dieses Kapitel ist der älteste Beitrag, ein Nachdruck aus dem Jahre 1954.

In dem 9. Beitrag gibt Bauer seine Replik auf eine Rezension Sterns eines seiner früheren Bücher wieder. Ohne Kenntnis des Buches und der Rezension von Stern ist dieses Kapitel nicht ohne weiteres verständlich.

Schließlich erfolgt in Kapitel 10 (*Further Reflections on the State of Economics*) ein Rundumschlag gegen die herrschende ökonomische Lehre. Er kritisiert die Vernachlässigung des Marktes; insbesondere wendet er sich gegen die fix-price-Theorie, die preislose Ökonomie. Angebot und Nachfrage sowie Preise seien doch grundlegende ökonomische Analyseinstrumente. Noch einmal greift er die entwicklungspolitische Idee der Teufelskreise der Armut sowie die Behauptung, daß Außenwirtschaftskontakte die Entwicklung hemmen, an. Er wehrt sich gegen die zur Notwendigkeit erklärten Entwicklungsplanung und gegen den Vorwurf, daß eine ökonomische Entwicklung mit Zahlungsbilanzproblemen einhergehen muß; letztendlich polemisiert er gegen den Grundsatz, daß wohlhabendere Gesellschaften und Individuen ihren Wohlstand der Ausbeutung anderer verdanken. Er bedauert, daß selbst prominente Ökonomen so häufig nicht mit dem vertraut sind, was einst Kern ökonomischer Analyse war.

Es lohnt sich, sich mit der Kritik Bauers auseinanderzusetzen; immerhin hat er in den USA und im Vereinigten Königreich großen Einfluß auf entwicklungspolitische Entscheidungen. Einige seiner Einwände und Fragen sind berechtigt; aber dennoch hat das Buch einige Mängel, die genannt werden müssen.

Das Buch läßt wissenschaftlich zu wünschen übrig. Es finden sich keine Daten, keine Gleichungen, keine Hinweise auf irgendwelche Theorien, noch nicht einmal ein grass-root-Ansatz. An den Papagei, der Angebot und Nachfrage herplappert, und damit zu einem Ökonomen wird, wurde der Rezensent unwillkürlich erinnert. Bauer bedauert, daß ökonomisches Wissen selbst den Ökonomen abhanden gekommen ist. Jedoch ist er mit seiner Verurteilung zu pauschal.

Ihm müssen auch ein paar ökonomische Entwicklungen entgangen sein. Einige solcher Mängel an ökonomischem Wissen möchte ich aufzeichnen:

Aus der *Finanzpolitik* kennen wir das Prinzip des Finanzausgleichs. Bauer hätte darüber reflektieren müssen, inwieweit Entwicklungshilfe als Finanzausgleich gesehen werden kann. Wenn die Welt als Einheit gesehen wird, in der es freien Handel gibt, dann ist auch ein horizontaler Finanzausgleich notwendig. Aus der *Sozialpolitik* kennen wir die Notwendigkeit iranischer Transfers. Es findet sich bei Bauer kein Wort darüber, inwieweit Entwicklungshilfe als internationale Sozialhilfe gedeutet werden kann. Nicht alle Hilfsmaßnahmen sind abzulehnen; wirksamer wäre eine saubere Kritik der *Art* der Entwicklungshilfe gewesen. Aus der *Außenhandelstheorie* kennen wir das Listsche Erziehungszollargument. Zwar plädiert Bauer für einen freien Wettbewerb und wendet sich gegen jede Art von Protektion; es müßte ihm aber auch bekannt sein, daß ein Wettbewerb nur dann seine richtige Funktion erfüllt, wenn die Partner miteinander auch im Wettbewerb stehen können. Bis zur Wettbewerbsreife dürfte eine Industrie geschützt werden. Auf diese Verfeinerungen geht Bauer nicht ein. Aus der *Makrotheorie* kennen wir die fix-Preis-Modelle. Sie sind entworfen worden, weil sich die Rahmenbedingungen in der westlichen Welt gewandelt haben. Anpassungen werden nicht mehr nur allein über Preise, sondern auch über Mengen durchgeführt. Seine heftige Kritik gegen die preislose Ökonomie zeigt, daß er sich mit dieser makroökonomischen Entwicklung nicht auseinandergesetzt hat. Aus der *Geschichte* sind uns nicht nur die positiven Folgen des Kolonialismus bekannt. Es überrascht, wie blauäugig Bauer den britischen Kolonialismus beurteilt. In der Tat hatte der Kolonialismus nicht nur negative Folgen; aber er war auch nicht nur der Glücksbringer der unterentwickelten Völker! Die angedeutete Verherrlichung des britischen Kolonialismus in Westafrika deutet auf mangelnde Kritikfähigkeit hin. Aus der *Wirtschaftsgeschichte* wissen wir, daß die Industrialisierung Westeuropas mit Hilfe staatlicher Eingriffe erreicht wurde (Merkantilismus). Nach dem Merkantilismus folgte die Bewegung des Liberalismus. So ist nicht ganz einzusehen, daß Bauer sich so heftig gegen eine subventionierte Industrialisierung wendet. Wohlfahrtstheoretisch gesehen wäre eine Subventionierung besser als das Listsche Zoll-Argument. Aus der *dynamischen Wirtschaftstheorie* wissen wir, daß es nicht nur auf die kurzfristige Effizienz ankommt. Es mag einen Konflikt geben zwischen kurzfristiger Effizienz und langfristigem Wachstum. Auf solche Probleme geht Bauer nicht ein! Ja selbst dogmengeschichtlich argumentiert er oberflächlich. Er bemüht das berühmte Diktum von Keynes, daß Politiker, die „Stimmen in der Luft hören“, oft von einem „verblichenen Ökonomen“ inspiriert seien. Diesen Ausspruch von Keynes versucht er zu widerlegen, indem er zeigt, daß die Wirtschaftswissenschaftler kaum Einfluß auf politische Entscheidungen haben! Keynes Aussage wurde von ihm völlig mißverstanden. Ebenso fällt auf, daß Bauer nur ältere Literatur verwendet hat; einige seiner Kritiken sind wohl berechtigt – jedoch sollte der Kritiker sich informieren, bevor er solche Rundumschläge losläßt, wie es Bauer mit diesem Werk wieder tut.

Bauer macht es sich zu einfach; kritisieren ist immer leicht – es fehlen seine wirtschaftspolitischen und entwicklungsrelevanten Schlüssefolgerungen und Lösungsvorschläge. Manches ist gut und richtig; anderes schrecklich vereinfachend. Er zeigt kein Fingerspitzengefühl für die politischen und kulturellen Möglichkeiten zur Herbeiführung eines Entwicklungsprozesses. Er vertritt das liberale Konzept des vergangenen Jahrhunderts; sinnvolle Ergänzungen, wie sie bspw. im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft vorgenommen wurden, sind ihm fremd. Schade, daß bei mancher Kritik nicht ebenso klare Lösungshinweise zu finden sind. Seine Ausführungen werden dadurch auch zu Rhetorik – benötigt in der Entwicklungspolitik wird aber in der Tat mehr Realität!

W. Lachmann, Mainz

Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) / Borchardt, Knut (Hrsg. d. dt. Ausgabe): Europäische Wirtschaftsgeschichte: Mittelalter (Bd. 1), 257 S.; Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert (Bd. 2), 412 S.; Die industrielle Revolution (Bd. 3), 418 S.; Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften (Bd. 4), 554 S. Gustav Fischer Verlag Stuttgart - New York 1983 (Bde. 1 u. 2), 1985 (Bde. 3 u. 4), (englische Ausgabe 1973, 1974; erste dt. Ausgabe 1976 - 1979), DM 19,80 - 26,80 - 26,80 - 29,80.

Zur Rezension stehen an die ersten vier Bände einer deutschen Taschenbuch-Ausgabe der fünfbändigen Fontana Economic History of Europe. Editionen zur europäischen Wirtschaftsgeschichte haben in der angelsächsischen Wissenschaft Tradition. Erinnert sei an die bis heute vielfach aufgelegte und überarbeitete Economic History of Europe von Herbert Heaton (1936), sodann an die Cambridge Economic History of Europe (6 Bde. 1952 - 1977). Letztere stammt im Entwurf aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die vorliegende Wirtschaftsgeschichte der Fontana Series aus den 60er Jahren. Ihre Beiträge wurden in den Jahren 1969 bis 1973 geschrieben, drei des zweiten Bandes erst 1974 abgeschlossen. Das Impressum gibt dankenswerter Weise diese wichtige Information.

Nimmt man noch die Arbeit von Henri Pirenne hinzu (*La civilisation occidentale au Moyen Âge du milieu du XVe siècle – le mouvement économique et sociale*, Paris 1933; dt. Bern 1946, 1976), die in ihrer englischen Übersetzung eine weite Verbreitung fand, dann liegt die Generationenfolge offen vor uns. Pirenne's Konzentration auf das Mittelalter verstand sich vor dem Hintergrund seiner Thesen zum Ursprung der europäischen Geschichte in fränkischer Zeit unter dem Eindruck der arabisch-islamischen Expansion bzw. seiner darüber entbrannten Auseinandersetzung mit dem Wiener Wirtschaftshistoriker Alfons Dopsch. Waren bis zu dieser Zeit die Trends der Wirtschaftsgeschichtsschreibung von Deutschland ausgegangen, so verlagerte sich nach Pirenne das Schwergewicht auf die angelsächsische und seit den 60er Jahren verstärkt auch auf die französische Forschung. War Heaton's knappes Kompendium mit Blick auf den angelsächsischen Lehrbetrieb geschrieben, so gab die Cambridge Economic History Raum für das gewachsene Fachwissen in längeren Einzelbeiträgen, bezog außereuropäische Zusammenhänge mit ein, öffnete sich auch französischen Kollegen. Beide Editionen aber wurden der Vielfalt der kontinentaleuropäischen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht gerecht – hatten dies auch nicht zum Ziel.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß *Cipolla* 1973 einleitend als Herausgeber schreiben konnte, eine „umfassende und aktuelle Wirtschaftsgeschichte Europas“ sei dringend notwendig. Es war jedoch keineswegs einfach, diese Situation verlegerisch zu nutzen. Unter dem Einfluß wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung und Ordnungsvorstellungen, auch quantifizierender Methoden einerseits, der französischen „nouvelle histoire“ gruppiert um die *Annales* andererseits hatten sich unterschiedliche Schulen der Wirtschaftsgeschichtsschreibung durchgesetzt. Rein faktisch genommen hatte dazu die nationale und regionale Forschung in Europa die historischen Karten vielfältiger und vielschichtiger werden lassen – nicht zu sprechen von den Kenntnissen, die die Geschichtsschreibung des östlicheren Europa unter dominierend historisch-materialistischen Voraussetzungen einzubringen in der Lage war.

Die vorliegenden Bände spiegeln diese Spannungen wider. Die Orientierung an wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien findet ihren deutlichsten Ausdruck in der Aufnahme von *W. Minchinton*'s Beiträgen zur Nachfragestruktur 1500 - 1700 und 1750 - 1914. Sie sollen erklärermaßen helfen, die traditionell stärker angebotsorientierten Fragestellungen der Geschichtsschreibung auszugleichen. Nicht weniger deutlich weisen der Aufsatz von *D. Winch* über die Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft 1750 - 1870 und der Statistische Anhang 1700 - 1914 von *B. R. Mitchell* in diese Rich-

tung. Als Beispiel für moderne Geschichtsschreibung dieser Art zu traditionellen Themen dienen die Beiträge von *Phyllis Deane* zur industriellen Revolution in Großbritannien 1700 - 1880 oder K. *Borchardt* zur industriellen Revolution in Deutschland 1750 - 1914.

In der französischen Art einer konzeptionellen Geschichtsschreibung haben viele lange vernachlässigte Themen und Methoden ihren Platz gefunden – wirtschaftsgeschichtlich relevant durchweg, vor allem aber, wie die Beiträge von J. *LeGoff* über die Stadt als Kulturträger 1200 - 1500 und von G. *Duby* über die Landwirtschaft des Mittelalters 700 - 1500 zeigen, stets im weiteren Zusammenhang einer Gesellschafts- und Kulturgeschichte aktueller Prägung mit dem Blick auf Mentalitäten und lang verlaufende Entwicklungen geschrieben. Nicht von ungefähr finden sie sich im ersten Band (Mittelalter). Spuren lassen sich bis zum Schluß des vierten Bandes nachweisen – z. B. in den Erörterungen der „psychologischen Faktoren oder wirtschaftlichen Verhaltensweisen“, die B. *Gille* im Zusammenhang von Bankwesen und Industrialisierung anstellt (III, 179 ff.), oder wenn W. *Woodruff* die Entstehung einer Weltwirtschaft vor 1914 letzten Endes auf die „Dynamik der europäischen Zivilisation“, auf die Mentalität des Europäers zurückführt (IV, 471 ff.).

Abgehoben von den theoretischen Konzepten und methodischen Vorgaben, denen die Autoren sich mehr oder weniger explizit und konsequent verpflichtet zeigen, reicht die Palette der Darbietung von einer dominierend faktischen bis zu einer stärker essayistischen Form. Letztere vermittelt weniger quellengebundene Einsichten als erstere und scheint mir für ein Handbuch nicht den erforderlichen Informationsgehalt zu garantieren. Bei aller Berücksichtigung der vom Thema vorgegebenen Unterschiede zeigt sich die Spanne der Möglichkeiten in dem allgemeiner gehaltenen Beitrag von J.-F. *Bergier* über Industriebürgertum und die Entstehung der Arbeiterklasse 1700 - 1914 auf der einen Seite und dem faktenreichen Beitrag von H. *Kellenbenz* zu Technik und Wirtschaft im Zeitalter der Wissenschaftlichen Revolution andererseits. Anzumerken bleibt, daß das konzeptionelle Arbeiten mit einem Blick auf die Strukturen langer Dauer z. B. bei *LeGoff* und *Duby* zu einer sehr pointierten Interpretation von Fakten führen kann – wie der über stark betonten Rolle der Stadt unter Abwertung des flachen Landes (*LeGoff*) oder der problematischen Verallgemeinerung von Fakten einer regional begrenzten Quellengrundlage (*Duby*).

Eine europäische Wirtschaftsgeschichte? *Cipolla* zeigt als Herausgeber eine erklärte Indifferenz gegenüber theoretischen und grundsätzlichen methodischen Überlegungen/Konzepten. Die Ausführungen des Rezensenten zum wissenschaftshistorischen Umfeld sind zugleich eine Kritik am Herausgeber, der die Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Handbuches kaum reflektiert. Erst vor dem Hintergrund der Zeitgebundenheit der Edition und der notwendigen Limitationen, die jedes Konzept einer europäischen Geschichte erfordert, werden die Qualitäten der vorliegenden Bände deutlich. Sie unternehmen es, „die Entstehung der modernen Industriewelt zu erklären“ (I, 1), finden ihren Ursprung in den Wandlungen der mittelalterlichen Welt des 11./12. Jahrhunderts, insbesondere der neuen Stadt, und konzentrieren sich logischerweise auf eine Interpretation der älteren Jahrhunderte als einer Vorgeschichte der Industrialisierung. Sind die ersten beiden Bände im Aufbau vergleichbar (Bevölkerung, Nachfragestruktur, Technik, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Geld- und Finanzwesen, dazu im ersten Band: die Stadt), so treten mit der Erörterung der industriellen Revolution in allgemeinen Bezügen (Band 3) Staat, Dienstleistungssektor, Bürgertum, Arbeiterklasse, Volkswirtschaftslehre und technische Archäologie als Gliederungselemente hinzu. Die regionale Vielfalt der industriellen Revolution in Europa wird auf die nationalen Grenzen reduziert und im vierten Band derart geographisch strukturiert dargestellt (Großbritannien, Schweiz, Belgien und Holland (Niederlande), Frank-

reich, Deutschland, Habsburgerreich, nordische Länder, Italien, Spanien, Rußland/Sowjetunion); erweitert wird die Perspektive durch einen Ausblick auf die Entstehung der internationalen Wirtschaft bis 1914 und eine sehr nützliche Sammlung von statistischem Material als Anhang.

Wir haben es mit einem Handbuch zu tun, das für den angelsächsischen Markt konzipiert worden ist und in einer entsprechenden Tradition steht. Der zentrale dritte Band mit seinen thematisch grundsätzlichen Beiträgen gibt lediglich Raum auch für Autoren französischer Sprache. Deutscher Wirtschaftsgeschichtsschreibung sind nur die Arbeiten von *H. Kellenbenz* und *K. Borchardt* zu verdanken. Entsprach dies durchaus dem internationalen Renommée deutscher Geschichtsschreibung in den 60er Jahren, so ist die daraus folgende Dominanz angelsächsischer Quellen und Literatur dem Stand der Wirtschaftsgeschichtsforschung als einer europäischen Disziplin nicht angemessen gewesen – und sie ist es heute noch weniger als damals. Es ist verständlich, daß der Herausgeber auf einen grundsätzlichen Beitrag zur Frage einer europäischen Wirtschaftsgeschichte verzichtet hat, aber zu bedauern, daß nicht mehr Autoren angeregt werden könnten, dieses Problem aufzugreifen. So finden sich entsprechende Erörterungen nur sehr verstreut – z. B. bei *B. Supple* (III, 229) oder bei *W. Woodruff* (IV, 473 ff.). Die wesentliche Klammer der vorliegenden vier Bände ist das Thema Industrialisierung auf der einen Seite, die fachliche Kompetenz der Autoren und im großen und ganzen die Gediegenheit ihrer Beiträge auf der anderen. Sie repräsentieren in großen Zügen den Stand und wichtige Akzente der Wirtschaftsgeschichtsschreibung in Westeuropa bis in die frühen 70er Jahre. Die Edition ist europäisch in der Auswahl der Autoren, damit auch in der durch sie eingebrachten Quellen- und Literaturkenntnis.

Die Anlage des Gesamtwerkes auf die Industrialisierung hin als Höhepunkt der europäischen Geschichte ist in eigenartig unreflektierter Weise teleologisch, zweckgerichtet. Das erklärt schließlich auch die Perspektivlosigkeit Cipollas in seinen Gedanken zur industriellen Revolution im Rahmen einer Weltgeschichte (III, 1 ff.). Diese Einseitigkeit korrespondiert mit der Vernachlässigung der europäischen Geschichte des frühen Mittelalters einerseits sowie mit der damit zusammenhängenden Überbetonung der Rolle der Stadt gegenüber dem flachen Lande andererseits – bei aller revolutionären Qualität, die ersterer zukommt, eine Eliminierung der vielfältigen Perspektiven der Entwicklung europäischer Gesellschaften einst wie jetzt jenseits einer ausschließlich ökonomischen Betrachtung.

Ein Vorbehalt klang bereits an. Die Beiträge stammen aus den Jahren 1969 bis 1974 und geben der deutschen Forschung nur wenig Raum. Die Herausgeber der deutschen Erstausgabe haben verdienstvoller Weise kompetente Überblicke zur deutschsprachigen Literatur erarbeiten lassen und den jeweiligen Beiträgen angehängt. Damit wurden die Bände für den deutschen Benutzer zu einem wichtigen Kompendium, das ohne Frage auf dem deutschen Buchmarkt eine stark empfundene Lücke füllte, weil es einen schnellen Zugang zur nicht-deutschen Forschung und vor allem zu Sachgebieten öffnete, die von der deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht gleichermaßen umfangreich erschlossen waren (Nachfrageverhalten, Technik im Mittelalter, europäischer Handel, Staat und industrielle Revolution, Dienstleistungsrevolution, Industrialisierung europäischer Einzelstaaten, Welthandel). Da nun jedoch in der vorliegenden Taschenbuch-Ausgabe die Beiträge samt den bibliographischen Anhängen unverändert reproduziert worden sind, haben wir es mit dem Literaturstand von bestenfalls 1979, dazu mit dem Wissensstand und Problembewußtsein von bestenfalls 1974 zu tun. Das mindert die Aktualität erheblich. Da zudem eine gegenüber den hartgebundenen Bänden erheblich preisgünstigere Ausgabe auch für den Studenten bereitesteht, die als Handbuch für eine Reihe von Jahren verlässlich sein sollte, ist

dieses Manko zu bedauern – wenngleich marktkonform. Daß diese Bemerkung von Gewicht ist, sei damit bewiesen, daß gerade seit den 70er Jahren die deutsche wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschung international wieder stärkere Beachtung gefunden hat (Imperialismusdebatte, Theorien zum Kapitalismus und zur Modernisierung, Bildungsforschung, Staat und Verwaltung, Regionalisierung). Es fehlt zwangsläufig vor allem jeder Hinweis auf die durch P. Kriedte, H. Medick und J. Schlumbohm (Industrialisierung vor der Industrialisierung, Göttingen 1977) seither entfachte Diskussion um die Ansätze einer „Protoindustrialisierung“ vor 1800. Zwei mehr technische Bemerkungen seien angefügt. Der Satzspiegel der Taschenbuch-Ausgabe ist ein Ärgernis; die starke Verkleinerung auf das Taschenbuchformat macht längeres Lesen in diesen Bänden problematisch – diese Rezension ist nur unter Benutzung der Originalausgabe möglich. Positiv sei hingegen hervorgehoben, daß dieser Ausgabe alle Hilfsmittel belassen wurden: neben den Bibliographien in ganzer Länge auch die Tabellen sowie Graphiken und vor allem das Register.

Der Aufbau des Werkes bringt es mit sich, daß die einzelnen Bände getrennt benutzt werden können, wenngleich die Bände drei und vier sachlogisch zusammengehören. Sie bieten für die industrielle Revolution im engeren Sinne ein Handbuchwissen, das trotz der angedeuteten Einschränkungen in vergleichbarer Dichte und Kompetenz noch keine Konkurrenz hat – das von Wolfram Fischer u.a. herausgegebene Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (6 Bde.) liegt erst in zwei Bänden vor (Bd. 2 Mittelalter und Bd. 5 von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges). Da für alle aktuellen Fragen auch des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums die Geschichte der Industrialisierung im Vordergrund steht, sei auf die betreffenden Bände besonders verwiesen.

„Die industrielle Revolution“ wird im dritten Band in ihrer ganzen theoretischen und methodischen Problematik greifbar. An der Tatsache grundlegenden Wandels gab es schon in den Augen von Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts keinen Zweifel. Aber bei der Suche nach den Ursachen und Zusammenhängen hat eben dieses Augenfällige (neue Techniken, quantitative Sprünge) lange Zeit die stärker das begriffliche und theoretische Vermögenfordernde Analyse überdeckt. Das wird auch aus den Parallelen zur Entwicklung der Volkswirtschaftslehre (*D. Winch*) deutlich. Alle Beiträge zollen der Tatsache Tribut, daß in der historischen Argumentation die Interdependenz der Faktoren nicht widerspruchlos in eine zeitliche Reihe gebracht werden kann. So steht zwar der dominierenden Meinung entsprechend die Erörterung der Bevölkerungsentwicklung (*A. Armengaud*) am Anfang des Bandes, aber *P. Bairoch* widerspricht dieser Gewichtung auf das heftigste, wenn er – obwohl ganz am Schluß platziert – eine Lanze für die entwicklungsbestimmende Funktion der Landwirtschaft bricht. Ich vermag einer entscheidenden Annahme Bairochs nicht zu folgen – daß industrielles Wachstum in einem Frühstadium durch die Zunahme der Industriearbeiterschaft zu einem Verlust an landwirtschaftlich tätiger Arbeiterschaft und in dessen Folge auch an landwirtschaftlichen Erträgen führen mußte (III, 312) –, und halte die Aufgabe für nicht gelöst, die Rolle der Landwirtschaft im Zusammenhang der Industrialisierung darzustellen. Entsprechend den verschiedenen Auffassungen von der Rolle der technischen Neuerungen einerseits und der Kapitalakkumulation andererseits oder der Marktverflechtungen als drittem klingen die Überlegungen von *Lilley* (Technischer Fortschritt), *Gille* oder *Supple* (Bankwesen, Staat), *Minchinton* oder *Hartwell* (Nachfragestruktur, Dienstleistungen) bei aller Übereinstimmung im Detail immer wieder verschieden. Sie widersetzen sich einer addierenden Summe und machen das wissenschaftliche Gewicht dieses Bandes aus.

Den originellsten Beitrag sehe ich in *R. M. Hartwell's* Ausführungen zur Dienstleistungsrevolution – auch den bedenkenswertesten in fachwissenschaftlicher Hinsicht.

Mit der ihm eigenen begrifflichen Schärfe und fachlichen Beschlagenheit hält er der Wissenschaft vor, die Bedeutung der „Verbesserung der Qualität des Faktors Arbeit für das Wachstum und für den Wandel der sozialen und politischen Verhältnisse“ immer übersehen zu haben. Es ist ihm unbegreiflich, „wie sehr Historiker davon überzeugt sind, die Hauptrolle im Wachstumsprozeß spiele das produzierende Gewerbe mit seinem ständig größer werdenden Kapitalbestand und dem darin gebundenen technischen Fortschritt“ – andere Faktoren würden außer acht gelassen (III, 257). Nicht zuletzt dürfte diese sonderbare Tatsache darin ihren Grund haben, daß ein Faktor „Qualität“ wie auch „Bildung“ oder „Ausbildung“ sich einer Quantifizierung nur schwer erschließt – und auf eben diesem Gebiet hat Hartwell gearbeitet und publiziert.

Im vierten Band findet der deutsche Leser zum einen den schnellen Zugang zu den Fakten industrieller Entwicklung in europäischen Gebieten, die ihm normalerweise weniger leicht zugänglich sind. Darüber hinaus aber werden ihm zum anderen Sichtweisen und Argumente verfügbar, den tatsächlichen Verlauf der Industrialisierung auch in Randgebieten dem theoretischen Hauptkonzept bzw. der Entwicklung in den „Leit“-Gebieten gegenüberzustellen. Plötzlich rückt die Schweiz zeitlich und auch ihrem industriellen Gewicht nach zu Beginn des 19. Jahrhunderts neben Großbritannien (*B. M. Biucchi*), wird die Entwicklung in den Niederlanden (Belgien und Holland) in ihren inneren regionalen Unterschieden und mit dem Gewicht der Textilindustrie besser verständlich (*J. Dhont* und *M. Bruwier*), erhalten wir mit dem Beispiel des Habsburgerreiches einen Einblick in die Probleme der Industrialisierung eines zerfallenden und politisch absteigenden Gebietes (*N. T. Gross*), werden Zeitpunkt und Verlaufsgeschwindigkeit der Industrialisierung in den nordischen Ländern erklärliech (*L. Jörberg*); Italien, Spanien und Rußland bieten jedes auf seine Weise Anschauungsmaterial zum Gewicht von nationaler Einheit, räumlicher Ausdehnung und historischen Traditionen (*G. Cafagna*, *J. Nadal*, *G. Grossman*). Spanien wird zudem zum Lehrfall begrenzten Zusammenhangs zwischen Bevölkerungsentwicklung und Industrialisierung. *W. Woodruff's* Beitrag zur Entstehung einer internationalen Wirtschaft bis 1914 nimmt viele angeschlagene Töne der vorangegangenen Untersuchungen wieder auf, konzentriert sich auf die europäische Expansion und ihre Wirkung auf Handel, Transport, Migrationen, Kapitalbewegungen und zeichnet ein Bild der weltwirtschaftlichen und -politischen Auswirkungen der Industrialisierung.

Anzumerken bleibt schließlich, daß der hier nicht behandelte fünfte Band (London 1977, Stuttgart 1980, Tb. 1985) „Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert“ zum Gegenstand hat – mit einem Beitrag zu „Deutschland 1914 – 1970“ von Karl Hardach.

H. Witthöft, Siegen

Grosskopf, Werner / Köhne, Manfred (Hrsg.): Einkommen in der Landwirtschaft – Entstehung, Verteilung, Verwendung und Beeinflussung (Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e. V., Bd. 21). Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup 1984. 827 S. DM 69,—.

In dieser Schrift werden Referate und schriftliche Diskussionsbeiträge der 24. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues veröffentlicht, die im Oktober 1983 in Hannover stattgefunden hat. Mit dem Tagungs-thema „Einkommen in der Landwirtschaft – Entstehung, Verteilung, Verwendung und Beeinflussung“ wurde eine Thematik gewählt, die in der praktischen Agrarpoli-

tik einen zentralen Bereich einnimmt, obwohl die offiziell deklarierten agrarpolitischen Ziele ein primär allokatorenorientiertes Handeln begründen.

Die ersten drei von insgesamt 30 Referaten befassen sich mit der Grundfrage einer sektoralen Einkommenspolitik in der Marktwirtschaft. *Watrin* behandelt die ordnungspolitischen Aspekte und stellt dabei die Trennung von Allokations- und Sozialpolitik in einer sozialen Marktwirtschaft heraus, was bedeutet, daß eine Politik, die das Attribut sozial trägt, zunächst die produktiven Möglichkeiten des Marktes zu nutzen hat. *Albers* behandelt das Ziel-Mittel-Problem. Er arbeitet dabei vor allem heraus, daß in einem relativ schrumpfenden Sektor der sektorale Strukturwandel die zentrale Funktion hinsichtlich einer paritätischen Einkommensentwicklung zu leisten hat. Dies erscheint angesichts der Betrachtungsenge der meisten sich anschließenden Referate besonders wichtig und verdienstvoll. Zu fragen ist allerdings, ob es dazu der Verwendung und Seitenlangen Darstellung des von Albers präsentierten recht simplen, fiktiven Sektormodells bedurft hätte. In dem dritten Beitrag versuchen *Beusmann* und *Hagedorn*, die landwirtschaftliche Einkommenspolitik durch neuere Ansätze der politischen Ökonomie zu erklären. Wie *Thoree* in einem umfassenden Korreferat mit Recht feststellt, haben die Referenten zwar eine Reihe interessanter Aspekte aufgezeigt und auch Anregungen für weitergehende Analysen geliefert, doch hätten sie dabei nicht so stark auf die traditionelle Ökonomie und die herkömmliche Wirtschaftspolitik einzuschlagen brauchen, denn so neu sind die von ihnen dargestellten Ansätze vom Grundsatz her nicht.

Die beiden folgenden Tagungsabschnitte befassen sich mit der Einkommensanalyse. Während *Schepers* in einem systematischen Beitrag vor allem die statistisch-informative Begrenzung einer umfassenden Einkommens- und Vermögensrechnung verdeutlicht, werden in den Referaten von *Brandkamp* und *Plankl* wie auch in dem schriftlichen Diskussionsbeitrag von *Stadler* Möglichkeiten und Grenzen der landwirtschaftlichen Einkommensanalyse auf der Basis von Testbetriebsergebnissen sichtbar. Der Einkommensanalyse für die Bundesrepublik schließen sich Beiträge für die EG insgesamt und für eine Reihe von Mitgliedsländern und die Nachbarländer Schweiz und Österreich an. Dieser Blick über die Grenzen ermöglicht einen internationalen Vergleich, der vor allem zweierlei zeigt. In den Niederlanden wird die umfangreichste und am stärksten disaggregierte Einkommensanalyse durchgeführt, während sich Frankreich auf eine regionalisierte sektorale Analyse beschränkt. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland wird sowohl in den Niederlanden als auch in Frankreich der jährliche Agrarbericht nicht von dem Landwirtschaftsministerium, sondern einem wissenschaftlichen Institut erstellt.

In dem anschließenden Tagungspunkt wurde die sektorale, regionale und betriebliche Einkommensentwicklung behandelt. Während *Manegold* die Möglichkeiten und Grenzen einer vergleichenden Darstellung der Einkommensentwicklung in den Mitgliedsländern auf makroökonomischer Datenbasis aufzeigt, wird von *Bauersachs* die regionale Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik untersucht. Die betriebliche Einkommensentwicklung wird auf der Basis von Buchführungsdaten in dem Beitrag von *Cordts* und *Deerberg* sowie mehreren schriftlichen Diskussionsbeiträgen untersucht.

Der nächste Abschnitt der Tagung war der Einkommensverwendung gewidmet. Hier ist der Beitrag von *Schrader* über die innerbetriebliche Einkommensverwendung hervorzuheben. Andere wichtige Beiträge sind das Referat von *Funke* über die Einkommensverwendung in den landwirtschaftlichen Haushalten sowie das Referat von *Vasthoff* über die außerbetriebliche Kapitalanlage und Vermögensbildung. Dagegen wirken die ebenfalls zu diesem Tagungsabschnitt gehaltenen Referate über Einkom-

mensreserven im Vermarktungsbereich und über die Bedeutung der Beratung für die landwirtschaftliche Einkommenssituation wie ein Fremdkörper. Dies bedeutet nicht, daß die Bedeutung der Beratung in Frage gestellt wird. Ihr hätte vielmehr an anderer Stelle ein höherer Stellenwert eingeräumt werden sollen.

In dem vorletzten Tagungsabschnitt wird dann der Zusammenhang zwischen Agrareinkommen und Agrarpolitik untersucht. Während in dem Referat von *Bauer* und in zwei schriftlichen Diskussionsbeiträgen die Auswirkungen der Agrarpreispolitik empirisch analysiert werden, stellt *Zöllner* die folgenden sozialpolitischen Prinzipien zur Diskussion: Sozialpolitik auf der Basis einer individuellen sozialen Bedarfsprüfung oder im Rahmen einer standardisierten Bedarfsermittlung nach potentiellen wirtschaftlichen Voraussetzungen. *Blaschke* bezieht dagegen in seinem anschließenden strukturpolitischen Referat deutlicher Stellung, indem er sich für eine Fortführung der strukturpolitischen Förderung und eine stärkere Hinwendung zum Gießkannenprinzip ausspricht. Beides erscheint nicht unproblematisch. *Kappelmann* geht in seinem Beitrag über national ausgerichtete Einkommenspolitiken in den Mitgliedsländern der EG nur in den Vorbemerkungen auf die EG-Länder ein. Danach behandelt er vor allem – anknüpfend bei einem Aufsatz von *Schlotter* aus dem Jahre 1964 – die Frage der optimalen Kombination von Preis-Struktur- und Sozialpolitik und das Problem der Abwägung der Überschußfinanzierung auf die EG bei nationalen Produktionsanreizen.

Abschließend befaßte sich die Tagung mit den Perspektiven einer einkommensorientierten Agrarpolitik in der EG. Bevor *Weinschenck* über neue Wege in der Einkommenspolitik referierte, erörterten *Schmitt* und *Tangermann* auf der Basis der Langfristentwicklung von annähernd fünf Jahrzehnten in den USA, ob das Pro-Kopf-Einkommen von der Agrarpreisstützung nur kurzfristig, nicht aber langfristig beeinflußt wird. Langfristig wird lediglich die Zahl der Einkommensbezieher beeinflußt. *Schmitt* und *Tangermann* raten daher zu einer Politik, die mehr den Marktkräften vertraut. *Weinschenck* hingegen plädiert für einen Politikmix, bei dem aus ökologischen Gründen auch die Faktorpreispolitik an Bedeutung gewinnt. Dieser Ansatz ist richtig, wird aber dann problematisch, wenn eine Politik der Faktorverteuerung hinsichtlich der Lösung des Agrarüberschußproblems an die Stelle einer marktorientierten Produktpreispolitik treten soll.

Insgesamt ist hervorzuheben, daß der Tagungsband bis auf die erwähnte Ausnahme gut strukturiert ist. Er liefert auch wertvolle Informationen und Denkanstöße für die weitere wissenschaftliche Arbeit wie auch für die praktische Problemlösung. Allerdings lassen sich auch Aspekte anführen, die dafür sprechen, das Tagungsthema bald erneut zu behandeln. Zum einen zeichnet sich eine Änderung im Mitteleinsatz und in der Mittelkombination ab. So wird das Scheitern der bisherigen einkommensorientierten Preispolitik immer offensichtlicher und sind in zunehmendem Maße die umweltpolitischen Einflüsse auf die landwirtschaftliche Einkommenssituation in Rechnung zu stellen, so daß direkte fiskalpolitische Einkommenstransfers an Bedeutung gewinnen. Zum anderen ist es erforderlich, der bisher vernachlässigten personnel Einkommensverteilung gegenüber der sektoralen, regionalen und betrieblichen Verteilung unter Berücksichtigung der Einkommenskombinationen und der bestehenden staatlichen Maßnahmen auf Nettobasis stärkere Beachtung zu schenken. Darüber hinaus bedarf es in einer Zeit, in der das reale Pro-Kopf-Einkommen ein Vielfaches von 1950 beträgt und die agrarische Mobilität gering ist, einer empirischen Fundierung, inwieweit das Einkommen noch als alleiniger Wohlstandsindikator zu verwenden ist oder ob andere Kriterien wie berufliche Selbständigkeit und naturverbundene Lebensmöglichkeit inzwischen einen vergleichsweise hohen Wohlstandswert darstellen. Ein weiteres Aufgabengebiet stellt die Verteilungsproblematik der in letz-

ter Zeit zunehmend praktizierten Politik einer Honorierung des Produktionsverzichts durch Gewährung von Produkt- und nichtpersonenbezogener Faktorrenten (Milchrente, Flächenrente) dar, die nicht in Einklang mit einer personenbezogenen sozialen Gerechtigkeit stehen.

A. Henze, Stuttgart-Hohenheim

Krelle, Wilhelm: Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Unter Berücksichtigung von erschöpfbaren Ressourcen, Geld und Außenhandel. Unter Mitarbeit von D. Coenen. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1985. XXI, 229 Abb., 15 Tab., 824 S. Geb. DM 198,-.

Krelle legt mit diesem Werk mehr als eine bloße Neuauflage seines 1972 zusammen mit Gabisch verfaßten Lehrbuchs zur Wachstumstheorie vor. Es handelt sich vielmehr um eine völlig neu geschriebene und erheblich erweiterte Monographie, in die auch einige jener Problembereiche der wirtschaftlichen Dynamik aufgenommen wurden, die erst in jüngerer Zeit stärker in den Blickpunkt des Interesses gerückt worden sind. Auch wenn eine Auflistung der Kapitelüberschriften für sich genommen noch nicht allzu viel besagt, kann sie in diesem Falle doch einen Eindruck von der enormen Spannweite vermitteln, durch die sich die vorliegende Neufassung des Lehrbuches auszeichnet. In 14 Kapiteln werden behandelt (in Klammern die jeweiligen Seitenzahlen): Empirische Ergebnisse des Wirtschaftswachstums in der Vergangenheit (31); ein dogmengeschichtlicher Rückblick auf frühere (klassische) Wachstumstheorien (28); die Harrod / Domar-Theorie (15); die Anfänge (9), sowie der grundlegende Ansatz der neoklassischen Wachstumstheorie (46); deren Erweiterung durch den Embodimentansatz (24) und die Endogenisierung von Sparneigung, Vermögensverteilung, Bevölkerungsentwicklung und technischem Fortschritt (80); die Probleme des Wachstums bei unvermehrbbaren und erschöpfbaren Ressourcen und des ökologischen Gleichgewichts (145); die Einführung des Geldes in die Wachstumstheorie (70); neoklassische Mehrsektorenmodelle (51); Wachstum und Außenhandel (158); Optimales Wachstum (69); lineare Wachstumsmodelle (56) und ein Schluß-Kapitel über „Phantasie und Wirklichkeit in der Wachstumstheorie“ (38).

Ziel des Buches, Art der Problemstellungen und der zu ihrer Lösung eingeschlagenen methodischen und inhaltlichen Vorgehensweisen, kurz: sein paradigmatischer Grundtenor unterscheidet sich nicht von dem 1972er Lehrbuch. Wer mit Krelles Oeuvre einigermaßen vertraut ist, wird daher kaum überrascht sein, auch hier wieder zwei deutliche Ausprägungen vorzufinden: einmal die Dominanz der neoklassischen Theorie und zum anderen die ausgiebige Verwendung der mathematischen Darstellungsweise. Beides ist bekanntlich – wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen – nicht unumstritten. Möglicherweise fühlte sich Krelle deshalb zu einer Art Rechtfertigung gedrängt. Während er der Apologie der neoklassischen Theorie das ganze Schlußkapitel widmet (darauf wird noch einmal zurückzukommen sein), wird die Ausführlichkeit mathematischer Ableitungen nur relativ kurz im Vorwort begründet, und zwar damit, daß dem Leser „unnütz aufgewandte Arbeitszeit“, nämlich der eigenen Herleitung oder beim Nachblättern von Verweisen, erspart werden soll. Das ist sicher gut gemeint und auch lobenswert. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß sich Krelle damit quasi zwischen die Stühle gesetzt hat. Die „mathematisch Fußkranken“ werden sich ohnehin kaum der Mühe des Nachvollzugs aller Ableitungen unterziehen, während der einschlägig versierte Leser manche Zwischenschritte und Wiederholungen als überflüssig ansehen wird. Krelle selbst hat diese Gefahr durchaus gesehen, sie aber bewußt in Kauf genommen.

Auch in anderer Hinsicht mag vielleicht nicht jeder der Akzentsetzung Krelles folgen wollen. So ist der Harrod / Domar-Abschnitt vergleichsweise kurz geraten, und lineare Modelle werden eher beiläufig und der Vollständigkeit halber (gegen Ende des Buches) behandelt. Offensichtlich hat hier der Neoklassiker in Krelle obsiegt.

Die ersten Kapitel des Buches präsentieren sich in einer außerordentlichen Dichte. Was hier auf vergleichsweise wenigen Seiten z.B. über empirische Wachstumsverläufe der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen in verschiedenen Ländern an Information vermittelt wird, ist beeindruckend. Ebenso geben die (im weitesten Sinne) theoriehistorischen Kapitel, in denen die Wachstumsvorstellungen von der Klassik über Harrod / Domar bis zu den Grundmodellen der modernen Neoklassik, einschließlich Embodimentansatz, dargestellt werden, einen konzisen, auf das Wesentliche konzentrierten Überblick. Diese Aussage wird auch keineswegs dadurch abgeschwächt, daß Krelle das neoklassische Grundmodell auf alle ihm inhärenten Implikationen abklopft. Angesichts der zentralen Bedeutung dieses Modells für die moderne Wachstumstheorie muß die Akribie und Rigorosität, mit der der Verfasser sowohl die logische Geschlossenheit wie auch die „ästhetische Schönheit“ und formale Aussagenvielfalt der neoklassischen Parabel vor dem Leser ausbreitet, zum besten gerechnet werden, was gegenwärtig in der (nicht nur deutschsprachigen) Wachstumsliteratur existiert.

Während es bisher eher um die Grundlagen der Wachstumstheorie ging, werden etwa ab dem 7. Kapitel (S. 155 ff.) die Erweiterungen vorgenommen. Zwar handelt es sich zunächst – z.B. bei der Endogenisierung von Sparneigung, Bevölkerungsentwicklung und technischem Fortschritt – noch um wohlbekannte, seit längerem diskutierte Probleme. Aber zunehmend werden dann Fragen aufgeworfen, die sich erst in jüngerer Zeit stärker in den Vordergrund geschoben und bei denen sich die Ergebnisse der Forschung noch nicht gleichermaßen „gesetzt“ haben, wie dies bei den Grundlagen der Fall ist.

Nun kann es natürlich nicht (ausschließlich) Aufgabe eines Lehrbuches sein, nur „gesicherte“ Ergebnisse eines Fachgebietes zu referieren. Krelle bemerkt im Vorwort, daß er sein Buch vor allem auch für Fachkollegen und zur Anregung von deren weiterer Arbeit geschrieben habe. Der damit angesprochene Personenkreis wird es mit Sicherheit zu schätzen wissen, den (wohl ziemlich aktuellen) Forschungsstand eines führenden Fachkollegen und ausgewiesenen Kenners der Materie nunmehr in gebündelter und systematisch aufbereiteter Form verfügbar zu haben. Für diese Leser bietet Krelle in der Tat eine Fülle von Anregungen, deren Würdigung den Rahmen einer Rezension bei weitem überschreiten würde. Nur exemplarisch sei auf einige Aspekte hingewiesen: Das Problem nicht erneuerbarer Ressourcen, das sich in den letzten Jahren ja zu einem eigenständigen Teilgebiet der ökonomischen Theorie ausgeweitet hat, wird nicht nur detailliert dargestellt, sondern um zusätzliche Gesichtspunkte, etwa die Konsequenzen der Berücksichtigung des technischen Fortschritts, erweitert. Krelle zeigt in diesem Zusammenhang u.a., daß die Erschöpfbarkeit natürlicher Ressourcen die Überlebensfähigkeit der (stationären) Menschheit nicht gefährden, nicht einmal eine Absenkung des Lebensstandards im Gefolge haben muß, wenn eine bestimmte Kombination von Spar- und Forschungsquoten realisiert wird.

Die Einführung des Geldes als Vermögensgegenstand resultiert im allgemeinen in instabilen Wachstumsverläufen. Krelle behandelt nun nicht nur die in der Tradition von Tobin stehenden Modelle, sondern zeigt, daß unter bestimmten Bedingungen auch stabile Verläufe möglich sind.

Ausführlich setzt er sich auch mit den außenwirtschaftlichen Aspekten unter alternativen Annahmen hinsichtlich Spezialisierungsgrad und Größe der beteiligten Län-

der auseinander, wobei deutlich wird, daß die Aussagen der traditionellen statischen Theorie (Heckscher / Ohlin-, Stolper / Samuelson-, Rybczynski-Theorem) nicht generell anwendbar sind bzw. daß und wie sie unter dynamischen Bedingungen umformuliert werden müssen.

Im Zentrum der Theorie des optimalen Wachstums steht Ramsey's Modell, das sowohl in seiner Grundform wie auch unter Zugrundelegung spezieller Fragestellungen (unterschiedliche Produktions- und Nutzenfunktionen) bzw. Erweiterungen (Bevölkerungswachstum, technischer Fortschritt, Zeitdiskont) diskutiert wird.

Durch diese und andere Erweiterungen, die z.T. Krelles eigene Forschungen dokumentieren, z.T. an spezieller Literatur anknüpfen, kann das Werk nicht mehr durchgängig als typisches Lehrbuch bezeichnet werden. Selbstverständlich sollte in jeder Monographie, die nicht nur der Einführung in ein Sachgebiet dient, dem Leser erkennbar gemacht werden, wo in etwa die „Frontlinie“ der Forschung verläuft, und ebenso selbstverständlich muß es dem jeweiligen Autor überlassen bleiben, wie weit er in dieser Hinsicht gehen will. Wenn man, wie Krelle, den Rahmen relativ weit steckt und das dergestalt breite inhaltliche Spektrum zudem in die äußere Gestalt eines raum-aufwendigen mathematischen Formalismus kleidet, kann man andererseits aber wohl nicht ausschließen, mit der Präsentation eines solchen, in jeder Hinsicht aufwendigen, Werkes den einen oder anderen potentiellen Leser vom Kauf des Buches abzuschrecken. Andererseits erleichtert der systematische Aufbau und die klare Abgrenzung der einzelnen Problembereiche dem Leser die gezielte Auswahl; diese könnte durch eine zusammengefaßte Übersicht der verwendeten Symbole sicherlich noch gefördert werden.

Im Schlußkapitel setzt sich Krelle, wie schon gesagt, mit der Kritik an der neoklassischen Wachstumstheorie auseinander. Allerdings sieht er diese Kritik nahezu ausschließlich im Angriff aus dem englischen Cambridge verkörpert. Bis vor etwa 10 - 15 Jahren konnte man die Dinge in der Tat so sehen. Inzwischen hat sich die sogenannte Kapitalkontroverse als ein vielleicht intellektuell ganz interessantes, aber letztlich wenig ergiebiges Schattenboxen erwiesen. Heute geht es doch gar nicht mehr darum, ob „Kapital“ eindeutig gemessen werden kann, ob es tatsächlich reswitching gibt, ob eine makroökonomische Produktionsfunktion existiert, oder ob die Ergebnisse einzelwirtschaftlichen Verhaltens von denen der entsprechenden Aggregatgrößen abweichen können. Alle diese Fragen lassen sich – und zwar mit guten Gründen – sowohl mit „Ja“ wie mit „Nein“ beantworten, was ein gewisses Indiz für ihre faktische Irrelevanz sein dürfte. Darüber zu streiten, lohnt sich also nicht.

Lohnt sich überhaupt ein Streit um den Erkenntniswert der neoklassischen Wachstumstheorie? Dazu muß man wissen, wie und was sie erklärt oder nicht erklärt. Sie beschreibt den langfristigen Trend (bzw. die langfristige Konstanz) bestimmter großer Maßzahlen einer Ein-Gut-Wirtschaft, jedenfalls einer Wirtschaft, bei der die Zusammensetzung des Sozialprodukts keine Rolle spielt. Soweit sie sich bei der Erklärung dieser Trends auf Verhaltensannahmen stützt, sind diese einzelwirtschaftlich fundiert (Rationalprinzip) und zu einem langfristigen Durchschnittsverhalten kondensiert. Im relativ engen Rahmen dieses Erklärungsanspruchs ist die neoklassische Theorie sozusagen unschlagbar, weil logisch konsistent, mit den stilisierten Fakten im Einklang stehend und bisher durch keine „bessere“ Theorie gefährdet. Die Antworten auf die von ihr selbst gestellten Fragen sind also zweifellos „richtig“; aber sind es auch die „richtigen“ Fragen?

Das Problem so gestellt zeigt, daß es hier nicht mehr um eine wissenschaftlich entscheidbare Kontroverse geht, sondern um Wertungen. Wer bereit ist, die Zurückführung globaler, langfristig beobachtbarer Durchschnittsgrößen auf ein durch das

Zusammenspiel vieler Mikroeinheiten vermitteltes „rationales Durchschnittsverhalten“ als eine notwendige und zugleich hinreichende Problembeschreibung des Erkenntnisobjekts „wirtschaftliches Wachstum“ anzusehen, wird die neoklassische Theorie als geeignetes Paradigma betrachten können. Im Gegensatz zu Krelle muß konstatiert werden, daß es heute viele Ökonomen (nicht nur in Cambridge) gibt, die den Erkenntnisanspruch einer so verstandenen Wachstumstheorie für zu eng und unzweckmäßig halten, weil sie sich quasi „verbraucht“ hat und keinen wirklichen, empirisch gehaltvollen Erkenntnisfortschritt mehr erwarten läßt. Das hat überhaupt nichts mit einer prinzipiellen Frontstellung gegen die Neoklassik im allgemeinen oder die langfristige Gleichgewichtsbetrachtung im besonderen zu tun, sondern lediglich mit Zweifeln an der Erkenntniskraft einer Theorie, die davon ausgeht, den tatsächlichen Wachstumsprozeß schon dadurch ausreichend erklärt zu haben, daß sie sich in Übereinstimmung mit den stilisierten Fakten befindet. Am Anfang mag das ein sehr sinnvoller, weil von den Voraussetzungen her einfacher, im Ergebnis zunächst ergiebiger und zudem didaktisch hervorragender Ansatz gewesen sein. Aber er hat sich irgendwie totgelaufen. Neuere, etwa evolutorische Erklärungsversuche zeigen, daß man die klassisch-neoklassische ökonomische Denktradition keineswegs verleugnen muß, um weiterzukommen. Man sollte deshalb versuchen – auf welchen Wegen auch immer – den Anwendungsbereich wachstumstheoretischer Fragestellungen zu erweitern. Unter diesem Gesichtspunkt finde ich es ebenso konstruktiv wie tröstlich, daß Krelles Buch beachtenswerte Schritte in diese Richtung aufweist.

H. Walter, Stuttgart

Hesse, Helmut / Streißler, Erich / Tichy, Gunther (Hrsg.): Außenwirtschaft bei Ungewißheit. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1985. IV, 379 S. DM 84,—.

Der vorliegende Band ist Ergebnis eines Symposiums, das auf Einladung der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs 1984 stattfand. Schon dies verdient Erwähnung: wo fände sich in der Bundesrepublik eine unternehmerische Interessenorganisation, die eine Konferenz veranstaltet, in welcher vornehmlich außenwirtschaftstheoretische Grundlagen referiert werden?

Die zunehmende Integration internationaler Güter- und Finanzmärkte hat – um mit Helmut Hesse zu sprechen – unsere Volkswirtschaften „offener“ werden lassen und sie zunehmend in einen Risikopool eingebunden. Dies und die hiermit verbundene Kommunikation rasch fortschreitender Technologien machte die Volkswirtschaften gegenüber nicht vorhersehbaren internationalen Schocks verwundbarer; Grund genug, sich auch von unternehmerischer Seite für wissenschaftliche Erkenntnisse zu „Außenwirtschaft bei Ungewißheit“ zu interessieren.

Bis in die 70er Jahre spielte die Unsicherheit in der Theorie internationaler Wirtschaftsbeziehungen lediglich in der Wechselkursanalyse – der auch in diesem Band zentrale Bedeutung zukommt – eine Rolle. Die erste Monographie, die die bis dahin rein deterministische güterwirtschaftliche Theorie dem Ungewißheitsphänomen öffnete, erschien 1975 (Batra) und drei Jahre später kam das bis heute wohl wichtigste Werk auf den Markt, nämlich „A Theory of International Trade under Uncertainty“ von E. Helpman und A. Razin. Von E. Helpman stammt auch eines der nach Meinung des Rezessenten bedeutsamsten Referate im vorliegenden Band. Dieses und der Beitrag von H. J. Vosgerau sind im wesentlichen der güterwirtschaftlichen Theorie gewidmet; Referate von Streißler, Orosel, Niehans, Schleicher, sowie von Schelbert und Granziol befassen sich mit Devisenmärkten und internationalen Finanztransak-

tionen; die – das Spezifische der Ungewißheit gelegentlich nur am Rande betonenden – Aufsätze von *Tichy*, *Beinsen* und *Kramer* widmen sich außenwirtschaftlichen Aspekten der österreichischen Entwicklung; die besonders hervorzuhebenden Referate von *J. Tumir* und *H. Hesse* sind wirtschaftspolitischen (und bei Tumir insbesondere institutionellen) Aspekten gewidmet, die sich aus der von zunehmender Unsicherheit gekennzeichneten stürmischen Entwicklung der zwischenstaatlichen Güter-, Dienstleistungs- und vor allem Finanzbeziehungen ergeben.

Vosgerau kommt zu dem Schluß, daß trotz sich im Zeitablauf ändernder komparativer Vorteile und Größenstrukturen die Standardtheoreme der Außenhandelstheorie im wesentlichen anwendbar bleiben, auch wenn keine sicheren Argumente gegen jedwelche protektionistische Maßnahmen zu finden sind. Auch bei konkurrenzwirtschaftlichem Verhalten müssen im Mehrländerfall nicht notwendigerweise die kleinen Länder die größten Handelsgewinne erzielen, falls nämlich neben großen und kleinen Ländern auch mittelgroße Länder einbezogen werden. In seinem Korreferat ist *K. Rothschild* – ebenso wie in seinem Korreferat zu dem ebenfalls recht liberalen Beitrag von *Hesse* – skeptisch gegenüber der Anwendbarkeit der reinen Außenhandelstheorie auf eine Welt, die durch Marktunvollkommenheiten und Unterbeschäftigung gekennzeichnet ist, in ihr können nach seiner Meinung protektionistische Maßnahmen durchaus wohlfahrtssteigernd wirken. *Helpman* untersucht u. a. den Zusammenhang zwischen Güterhandel und Finanzströmen. Selbst in Ricardo-Modellen können Präferenzen die optimale Allokation beeinflussen, falls Unsicherheiten bestehen und es keine sie ausgleichenden internationalen Kapitalbewegungen gibt. Schocks in der Produktivitätsentwicklung können die Marktlärung verhindern und Unsicherheiten über zustande kommende Preise bewirken. Sind zwischenstaatliche Kapitalbewegungen möglich, so können sie durch solche Vorgänge ausgelöst werden und den Preisvektor beeinflussen. Dies kann terms-of-trade Verschlechterungen bedeuten, welche Handelsverluste erzeugen. Damit aber wird die o. g. These *Vosgerau* geschwächt.

Streißler untersucht den Zusammenhang zwischen vorhersehbaren, insbesondere aber nicht vorhersehbaren Wechselkursänderungen und Sozialprodukt. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen hat die Schwankungen des Anteils des Leistungsbilanzsaldo am Volkseinkommen – den Streißler als Indiz für ein (Plan-)Ungleichgewicht sieht – keinesfalls vermindert. Devisenmarktspekulationen haben zugenommen, verstärkt reale Ressourcen für Lagerhaltungsaktivitäten gebunden und damit den Realzins erhöht, was das wirtschaftliche Wachstum nicht unbeeinflußt ließ.

Die im Vergleich zu den Schwankungen aggregierter Güterpreisindizes besonders ausgeprägten Wechselkursschwankungen lassen *Orosel* fragen, ob die „overshooting“-Hypothese und die auf Zusammenhänge zwischen spekulativen Erwartungen und ökonomischen Fakten bauenden Wechselkurstheorien die Entwicklung adäquat zu analysieren vermögen oder ob nicht die schon bei Keynes zu findende sozialpsychologische Theorie des Wechselkurses – die zudem dem Konzept rationaler Erwartungen nicht widersprechen muß – zur Erklärung der Preisbildung auf den Devisenmärkten herangezogen werden sollte. *Orosel* kommt zu dem Ergebnis, daß die Devisenspekulation weniger als vermutet zur Stabilität des Devisenmarktes beiträgt, dafür aber nationale Zinspolitiken entscheidend behindert.

Den unbefriedigenden Stand der Wechselkurstheorie sprechen auch *Schleicher* und *Schelbert / Granziol* an. *Schleicher* sieht die keynesianischen und die monetaristischen Modelle lediglich als Spezialfälle, die den Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzsalden, Liquiditätsbedarf (der durch die Zentralbank unzureichend befriedigt wird), Kapitalbilanzsalden und Wechselkursbildung bisher nicht in den Griff bekommen. Nach den Untersuchungsergebnissen von *Schelbert* und *Granziol*

muß die Wechselkurstheorie verstärkt risikoaverses Verhalten, das zu variablen Risikoprämiens führen muß, berücksichtigen. Systematische Abweichungen von den rationalen Erwartungen dürften eher die Regel als die Ausnahme sein. Die Varianz der Wechselkurse erweist sich als weit größer als die Varianz der Zinsunterschiede. In seinem Korreferat hält es P. Bernholz für wichtig, durch *empirische Untersuchungen* zwischen den zahlreichen Wechselkursmodellen zu diskriminieren; Bernholz hat selbst in den Princeton Studies und kürzlich zusammen mit M. Gärtner und E. W. Heri im Journal of International Economics hierzu nach Meinung des Rezensenten überzeugend beigetragen.

Zu Recht weist Niehans auf Schwächen der Theorien hin, die internationale Kapitalbewegungen in erster Linie durch Zinsunterschiede zwischen den Ländern erklären. Insbesondere sind die auf die internationale Zinsarbitrage abzielenden Portfolioansätze wenig geeignet, da sie nur Bruttokapitalbewegungen, jedoch keine Kapitalbilanzsalden erklären können. Eine noch zu formulierende Theorie internationaler Kapitalbewegungen muß u.a. die Zusammenhänge zwischen Zinshöhe, Investitionsanreizen, durch diese wieder angeregte Geldvermögensbildung und internationalen Finanztransaktionen abbilden. Dann ist es sowohl erklärbar, wenn Kapital aus Niedrigzins- in Hochzinsländer fließt wie auch in umgekehrter Richtung.

In den stärker der österreichischen Wirtschaft gewidmeten Beiträgen zeigt

- Tichy, daß die Wirkung von Wechselkursänderungen auf die terms of trade eindeutiger nachzuweisen ist als die auf Handelsströme und Leistungsbilanzsalden,
- Beinsen, wie wenig die herkömmlichen Modelle den Zusammenhang zwischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Wachstum zu erklären vermögen,
- Kramer, daß der österreichische Außenhandel noch stark von „Heckscher-Ohlin-Gütern“ bestimmt wird und erst allmählich Schumpetersche Innovationen im Außenhandel eine Rolle spielen.

J. Tumlr weist zu Beginn seines Beitrages auf einen in der Tat beklagenswerten Mangel in der Theorie der Außenwirtschaftspolitik hin: sehr wenig ist bisher bekannt über die Verzerrungen, die Subventionen im Außenhandel hervorrufen. Geradezu hoffnungslos erscheint es, wenn man über den Einfluß von Restriktionen auf den Handel mit Dienstleistungen nachzudenken beginnt. Tumlr sieht die Ursachen für die unbefriedigende Liberalisierungspolitik bereits in den Anfängen der wichtigen internationalen Wirtschaftsorganisationen: bekanntlich wurde der Vertrag über die Internationale Handelsorganisation nicht ratifiziert; das GATT-Abkommen fand unzureichenden Eingang in die nationalen Gesetze. Da man sich bislang nicht auf eine korrekte Freihandelsdefinition verständigte, verfestigte sich mehr und mehr bei den Nationalstaaten der Gedanke, Handelsvorteile könnten nur aus Zugeständnissen der jeweils anderen erwachsen, während eigene Zugeständnisse als Kosten interpretiert werden. Mit zunehmender Mitgliederzahl nahmen die Vorteile institutionalisierter Handelsregime ab. Die Verantwortung für eine Öffnung der Weltwirtschaft sieht Tumlr bei den Ländern mit großen Außenhandelsanteilen. Sie sollten vor allem darauf dringen, daß die internationale Kooperation stärker in der nationalen Gesetzgebung verankert wird.

Rothschild meint hierzu kritisch, daß Freihandel in einer „second best world“ ein zu simples Rezept darstelle. Nötig sei ein der zunehmenden Unsicherheit angepaßtes flexibles Vertragswerk, das GATT leide an seinem Bemühen um einfache und allgemein gültige Freihandelsregeln.

H. Hesse spricht von der Gefahr, daß sich die infolge der wachsenden Integration von Leistungs- und Finanztransaktionen gestiegene Unsicherheit über die Richtung

und Dauer komparativer Vorteile in protektionistischer Absicherung niederschlägt. Hesse bemerkt wohl zu Recht, daß internationale Kooperation z. B. in der Geldpolitik oder Preisstabilisierungsabkommen zu geringeren volkswirtschaftlichen Kosten die wirtschaftspolitischen Ziele erreichen lassen. Die Staaten müssen die Konsequenzen einer verstärkten internationalen Innovationskonkurrenz erkennen: es wird künftig noch schwerer werden, nationale Ziele unabhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu verfolgen; die Konsequenz ist, das wirtschaftspolitische Verhalten der Regierungen und unternehmerische Aktivitäten an verlässliche Regeln zu binden, die auch die Forschungspolitik einbeziehen. Manchem von einer stets gegebenen Überlegenheit rein marktwirtschaftlicher Lösungen Überzeugten mögen diese Überlegungen Hesses vielleicht zu interventionistisch erscheinen. Nach Meinung des Rezessenten sind solche Regeln in unserer heutigen durch nationale protektionistische Alleingänge und lediglich freihändlerische Lippenbekenntnisse vieler maßgeblichen Politiker gekennzeichneten Welt jedoch der einzige Weg, die auch bei wachsender Unsicherheit erkennbaren Vorteile der Arbeitsteilung möglichst vielen zugute kommen zu lassen. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß in der Geld- und Fiskalpolitik bislang das Vertrauen auf ‚built in flexibility‘ und andere eingebauten Regeln nur selten durch die wirtschaftliche Entwicklung bestätigt wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen: der vorliegende Sammelband erlaubt einen guten Einstieg in die unterschiedlichen theoretischen und wirtschaftspolitischen Aspekte der ‚Außenwirtschaft bei Ungegwißheit‘. Der Leser wird bei der Lektüre feststellen müssen, daß als gesichert vermutete Erkenntnisse unsicher geworden sind. Wundern sollte ihn dies freilich nicht: haben doch die Analyse monopolistischer Elemente und Externalitäten auf Güter- und Faktormärkten ebenso wie die Einbeziehung mangelnder intersektoraler Faktormobilität und von Faktorpreisrigiditäten gezeigt, daß gängige Theoreme der güterwirtschaftlichen Außenhandelstheorie nur noch begrenzt gelten, und hat doch die Betrachtung der Geld- und Finanzmärkte schon seit langem ergeben, daß vermeintlich sichere Ergebnisse der Zahlungsbilanz- und Wechselkurstheorie oftmals nur in Ausnahmesituationen Gültigkeit beanspruchen können. Die mit der wachsenden Unsicherheit in zunehmend offener werdenden Volkswirtschaften einhergehende Ungewißheit über die „richtige“ wirtschaftspolitische Therapie darf allerdings nicht zu dem Fehlschluß verleiten, es sei angebracht, liberalen außerwirtschaftspolitischen Vorstellungen ein Lebewohl zu sagen. Dies wäre mit Sicherheit die falsche Strategie in einer unsicheren Welt.

Notwendig ist es allerdings, den von Helpman (und Razin) beschrittenen Weg weiterzugehen und die Zusammenhänge zwischen Güter-, Dienstleistungs- und Finanztransaktionen zu analysieren, um auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Interdependenz verschiedener interventionistischer Maßnahmen zu erkennen.

H.-J. Heinemann, Hannover

Buttler, G. / Dickmann, H. / Helten, E. / Vogel, F. (Hrsg.): Statistik zwischen Theorie und Praxis. Festschrift für Karl-August Schäffer zur Vollendung seines 60. Lebensjahres. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1985. XVI, 317 S. Kart. DM 76,-.

Vier Kollegen und Freunde des Jubilars haben, zu ihrem eigenen Erstaunen, wie sie schreiben, eine stattliche Autorenschaft (29) animieren können, zur Würdigung des bisherigen Lebenswerkes von K.-A. Schäffer wissenschaftliche Beiträge (insgesamt 24) zu leisten. Wie typischerweise Statistiker, wenn ihnen keine Argumente für Verteilungsannahmen einfallen, Gleichverteilung unterstellen, so haben auch hier die

Herausgeber eine Reihung der Beiträge nach dem Anfangsbuchstaben des (ersten) Autors, von Bamberg bis Wetzel, vorgenommen. Aufsätze vergleichbaren Inhalts sind daher über das ganze Buch unregelmäßig verteilt. Es hätte dabei nahegelegen, die eingegangenen Arbeiten nach dem vielschichtigen Lebenswerk des Jubilars, der auch häufig zitiert wird, zu untergliedern und gemäß dem Untertitel der Festschrift von der Theorie (meist wirtschaftswissenschaftlicher Bezogenheit) bis zur Praxis (Interpretation und Weiterentwicklung statistischer Auswertungen) zu reihen. Das Inhaltsverzeichnis, die einzige Informationsquelle des Lesers, hätte drucktechnisch besser gestaltet werden können, um eine schnellere Übersicht zu ermöglichen und es vom Schriftenverzeichnis des Jubilars abzusetzen. Kolumnentitel zumindest mit dem Autorennamen wären für den Leser zur ersten flüchtigen Übersicht nützlich und der Bedeutung vieler Artikel dieses Sammelbandes angemessen gewesen. Der erwähnte Sponsor hätte für die dadurch entstandenen Mehrkosten bestimmt Verständnis gezeigt.

Alle 24 Beiträge sind relativ kurz, keiner überschreitet 15 Seiten. Fünf Abhandlungen beziehen sich auf ökonometrische Methoden bzw. ihre empirische Anwendung. *G. Bamberg* und *F. Bauer* zeigen die Verwendung von Stein-Schätzern in der Varianzanalyse. *W. Bihn* schreibt „Über Ridge-Schätzungen im linearen Regressionsmodell mit nicht-skalarer Kovarianzmatrix“. *J. Frohn* führt für ein kleines ökonometrisches Modell (Weltmarktpreis für Zucker) vor, „wie das Konzept rationaler Preiserwartungen in einem . . . Mehrgleichungsmodell empirisch umgesetzt werden kann“. Ein Hinweis auf den theoretischen Ansatz (z.B. die natural rate-Hypothese) und den möglichen Grund, warum nun gerade hier „die Erklärung besser ist“, wären wohl sehr instruktiv gewesen. *H. Rinne* zeigt die Schätzung der Lebensdauer und Laufleistung von Kraftfahrzeugen anhand der Teissier-Verteilung für sieben bekannte Automarken in der Bundesrepublik. *S. Heiler* und *H. Hebbel* diskutieren das neuerdings von Hebbel entwickelte Zeitreihenglättungs-Verfahren zur Herausstellung der Trend/Konjunktur-Komponente.

Ein zweiter Schwerpunkt mit gleichfalls fünf Beiträgen liegt auf dem Gebiet Datenerhebung und Stichprobenverfahren. Hervorzuheben ist hier der Beitrag von *H. Strecker* und *R. Wiegert*, „Zur Messung in der Statistik – der Angabefehler bei Bestands- und Bewegungsmassen“, in dem „eine allgemeine Definition des statistischen Fehlers“ vorgeschlagen und dann an Beispielen veranschaulicht wird. *H. Stenger* berichtet über die Gewichtungspraxis schichtenspezifischer Werte in der Markt- und Meinungsforschung. *H. Schneeberger* korrigiert einen meist in der Lehrbuch-Literatur angegebenen Schätzer der Varianz des Mittelwertes bei systematischer Auswahl aus einer nicht-autokorrierten Gesamtheit mit linearem Trend. *W. Wetzel* stellt „operable Ergebnisse“ zur Diskussion, die man bei Stichprobenziehungen mit Zurücklegen der Elemente bei der Betrachtung von Realisationen „von Einschlusswahrscheinlichkeiten bei symmetrischen Stichproben festen Umfangs“ erhält. *H. Oppenländer* schließlich skizziert anschaulich Probleme und Schwierigkeiten bei der Einführung des Ifo-Innovationstests, einem neuen Instrument zur Erfassung von F- und E-Outputs.

In einer dritten Gruppe von Arbeiten werden Bestands- und Ereignismassen untersucht und ausgewertet; so führt *H. Grohmann* eine Prognose des Erwerbspersonenpotentials bis zum Jahr 2000 durch, *Werner Karr* diskutiert die Aussagefähigkeit (bzw. Nichtaussagefähigkeit) der Arbeitslosenstatistik und *Walter Schweitzer* entwickelt eine Erweiterung von z.B. Heiratstafeln zu Familienstandstafeln. Drei Aufsätze allgemeineren statistischen Inhalts sind die Beiträge von *G. Buttler* über die Interpretation statistischer Untersuchungsergebnisse, von *E. Schaich* und *H. W. Brachinger* über den Zusammenhang zwischen verteilungsfreien und robusten statisti-

schen Verfahren und von *E. Bomsdorf* über Eigenschaften eines robusten L-Schätzers bei symmetrischen und asymmetrischen Verteilungen. Sehr instruktiv sind der Aufsatz von *G. Hamer* über die wechselseitigen Beziehungen zwischen statistischer Lehre und Forschung an den Hochschulen und den Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und der von *K. Szameitat* und *M. Schaffranek* zur Statistikausbildung an den deutschen Hochschulen. Beiträge von *P. Schmitz* über statistische Ansätze für die Beurteilung der Software-Qualität, von *W. Piesch* über Klassenbildungseffekte bei Disparitätsmaßen, *Friedrich Vogel* über die graphische Darstellung von Klassifikationsergebnissen für komparative und gemischte Merkmale und von *H. Dickmann* über Schadensummenverteilung und *E. Helten* über Bestands- und Schadendateien runden die Vielfalt dieses Sammelbandes ab.

Von einigen wenigen Artikeln abgesehen, in denen die Autoren rein methodische Probleme abhandeln, sind die Beiträge leicht verständlich geschrieben, und der interessierte Leser bedarf zu ihrer Lektüre nicht unbedingt fachspezifischer Kenntnisse. Ich selbst habe die Beiträge mit großem Vergnügen gelesen und viele Anregungen für meine Vorlesungen erhalten. Es bleibt zu wünschen, daß dieser Sammelband eine breite Leserschaft findet. In seiner Wissenschaftlichkeit, Vielfalt und Diktion spiegelt er das Lebenswerk des Jubilars wider.

H. Gollnick, Hamburg